

INTERVIEW - Nationalrat Christian Wasserfallen über die limitierte Power der Jungpolitiker.

BERUFSBILDUNG - Bald kommt der eidgenössische Fachausweis für bestandene KMU-Frauen.

MANAGEMENT - Für grosse Veränderungen müssen Mitarbeiter als Mitstreiter gewonnen werden.

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

AZA 3001 Bern

DIE MEINUNG

Rudolf Horber, Chef-ökonom Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Waffenschutz-Initiative: Schlechte Verlierer

Zugegeben, der Abstimmungskampf zur Waffenschutz-Initiative ist auf beiden Seiten mit harten Bandagen geführt worden. Das Ergebnis ist dann aber überraschend deutlich ausgefallen: Nur 43,7 Prozent der Abstimmenden und 6 der 26 Kantone haben der Volksinitiative zugestimmt; das beste Ergebnis lieferte einmal mehr der zuverlässige Kanton Appenzell Innerrhoden mit lediglich 27,7 Prozent Ja-Stimmen. Anstatt das klare Verdict von Volk und Ständen sportlich ohne Wenn und Aber zu akzeptieren, fand es die neue Justizministerin Simonetta Sommeruga nötig, gleich am Abstimmungs-sonntag laut über eine Verschärfung des ohnehin schon strengen Waffenrechts nachzudenken und eine Anreicherung des unseligen Präventionsgesetzes mit Massnahmen gegen die Suizid-Prävention vorzuschlagen. Der neuen Bundesrätin ist immerhin zugute zu halten, dass sie als persönliche Befürworterin der Waffenschutz-Initiative das Nein von Bundesrat und Parlament im Abstimmungskampf loyal vertreten hat – leider aber nur bis zum Zahltag am 13. Februar. Es ist mehr als schlechter Stil und äusserst ungeschickt, dass ausgerechnet am Abstimmungs-sonntag nach diesem klaren Ergebnis der baldige bundesrätliche Entscheid über ein Uno-Protokoll und damit zusammenhängende punktuelle Verschärfungen des Waffenrechts angekündigt worden sind. In letzter Zeit häufen sich leider die Fälle, wo der Volkswillen nur widerwillig, zögerlich oder punktuell umgesetzt wird; Paradebeispiel ist die Verwahrungsinitiative. Damit wird das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in unsere Institutionen untergraben.

Den Vogel abgeschossen hat die neue Justizministerin jedoch mit der Ankündigung, zur Stärkung der Suizid-Prävention das vorgesehene neue Präventionsgesetz zu instrumentalisieren. Die vorberatende Kommission des Nationalrates hat das Gesetz grösstenteils durchberaten und die grosse Kammer soll ihre Beratungen darüber bereits in der Sondersession Mitte April aufnehmen. Mit einem Schnellschuss soll jetzt noch versucht werden, die Suizid-Prävention in dieses höchst umstrittene Gesetz einzubauen. Damit wird einmal mehr versucht, ein echtes gesellschaftliches Problem am falschen Ort und mit falschen Mitteln zu behandeln: Da sollen Millionenbeträge für Kampagnen ausgegeben werden, die selbst aus Sicht der Ärzte nicht zu einem Rückgang der Suizide führen dürften – getreu dem Motto: ausser Spesen nichts gewesen.

ENERGIEPOLITIK - Die bernischen Stimmberchtigten haben einem neuen Kernkraftwerk (KKW) in Mühleberg knapp zugestimmt. Der sgv ist zufrieden, jubelt aber nicht.

Weichen für 2013 gestellt



Kann dieses «KKW Mühleberg II» (Modell) auch wirklich gebaut werden? Die Planung schreitet jedenfalls zügig voran.

Klar ist: Zwar handelte es sich um eine Konsultativabstimmung ohne bindenden Charakter für den Bund, doch sie war auch ein nationaler Stimmungstest für die Akzeptanz der Kernenergie. Ausgehend vom bisherigen Verhalten des Berner Stimmvolkes dürfte dieses knappe Ja die landesweite Stimmung in der Kernkraftfrage spiegeln. Mit Blick auf die nationale Atomabstimmung von 2013 ist deshalb noch alles offen.

Klare sgv-Strategie

«Der Schweizerische Gewerbeverband sgv sieht in seiner Strategie drei Stossrichtungen in Sachen Energie vor: die Erhöhung der Energieeffizienz, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ersatz zweier Kernkraftwerke; damit sind wir mit dem Ausgang der Abstimmung zufrieden.» Sagt sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler. Und weiter «aber die Stimmung ist nicht nach Jubel».

Frage des Vertrauens

Eine KKW-Abstimmung ist auch eine Vertrauensabstimmung gegenüber Fachleuten und Behörden, welche die Sicherheit einer Technologie garantieren und überwachen müssen. Dafür ist es sonderbar, wenn Aspekte, welche die Bevölkerung emotional

bewegen, erst während des Abstimmungskampfes – und erst noch von den Gegnern – aufs Tapet gebracht werden. Eine KKW-Abstimmung ist auch eine Vertrauensabstimmung gegenüber der Wirtschaft, die immer wieder die Notwendigkeit von Bandenergie betont. So ist es auch Sache der Wirtschaftstreibenden der Bevölkerung zu erklären, worin diese Notwendigkeit besteht. In der Schweiz siegen immer noch die besseren Argumente, doch diese müssen hervorgebracht werden.

Insbesondere geht es nicht darum, die anderen Energiequellen zu verteufeln. Erneuerbare Energien sind ebenso wichtig wie KKW. Wesentlich ist jedoch der Haupttrend: die zunehmende Elektrifizierung der Gesellschaft. Was auf der einen Seite posi-

tiv ist, weil damit weniger CO₂ und andere Emissionen anfallen, ist auch eine Herausforderung, da zusätzlicher Strom produziert werden muss. Die Befürworter der KKW müssen künftig genau dort ansetzen: niemand verliert nichts! KKW garantieren Bandenergie für die Wirtschaft und die Gesellschaft; erneuerbare Energien stellen den Strom für den Privathaushalt her. Mit zunehmender Energieeffizienz werden all diese Applikationen ergiebiger und umweltfreundlicher.

Wie geht es weiter?

Die Stromproduzenten Alpiq, Axpo und BKW möchten sich bis 2012 eignen, wo die zwei neuen AKW stehen sollen. Der Bundesrat entscheidet dann Mitte 2012 über die Rahmenbewilligungsgesuche, anschlies-

send stimmt darüber das Parlament ab. Das letzte Wort hat Ende 2013 oder Anfang 2014 das Schweizer Stimmvolk. Für diese Abstimmung wird sich die Schweizer Wirtschaft viel besser koordinieren müssen, als bis anhin. Es wird darum gehen, die Notwendigkeit einer pragmatischen Energiepolitik aufzuzeigen, welche die ungewissen Perspektiven eines vollständigen Kernkraftausstiegs punkto Versorgungssicherheit, Strompreise und Kohlendioxid-Bilanz vermeidet. Es geht nicht um eine Verdrängung anderer Formen des Umgangs mit Strom, wohl aber um ihre gegenseitige Ergänzung. Die Schweiz braucht eine eigene, sichere und günstige Stromversorgung – der sgv kämpft dafür.

Henrique Schneider

SANIERUNG GOTTHARDTUNNEL - Astag und sgv lehnen die Vorschläge der Alpen-Initiative entschieden ab.

Zweite Röhre statt grüne Illusionen



Nur eine zweite Röhre ermöglicht eine Tunnel-sanierung ohne Chaos.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband Astag lässt keine Zweifel offen: «Für die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels braucht es zwingend den Bau einer zweiten Röhre. Eine Rollende Landstrasse zwischen Erstfeld und Biasca zieht hingegen vollkommen an den Realitäten der heutigen Logistik vorbei», hält Zentralpräsident und Nationalrat Adrian Amstutz fest. Die Idee könnte von der Alpen-Initiative noch so oft wiederholt werden: sie ist nicht mehr als «eine Illusion auf dem Reissbrett von Märklin-Fanatikern».

Die Astag fordert deshalb den Bundesrat nochmals zum raschen Handeln auf: Amstutz sieht nur eine Möglichkeit: «Notwendig ist ein praxistaugliches Sanierungskonzept ohne unzumutbare Tunnelsperrungen. Konkret heißt das den Bau einer zweiten Röhre. «Alle anderen Ideen, die eine Totalsperrung vorsehen, sind realitätsfremd, wirtschaftsschädlich

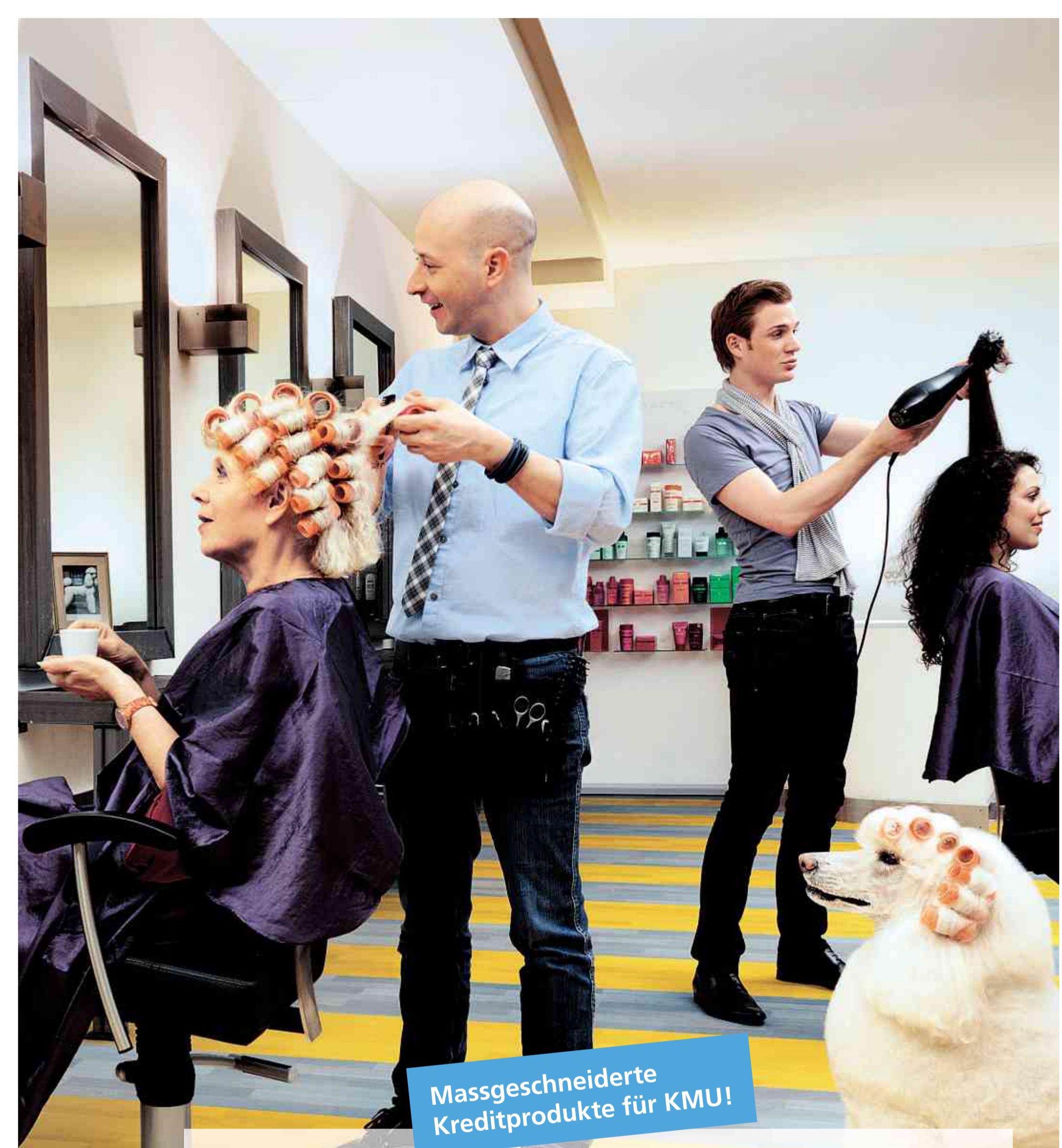
und nicht praxistauglich», betont der Astag-Chef. Zu einem totalen Fiasko und Chaos müsste es insbesondere mit der Einrichtung einer Rollenden Landstrasse (Rola) zwischen Erstfeld und Biasca kommen, wie dies die Alpen-Initiative erneut vorgeschlagen hat. «Moderne Logistik verläuft nicht nach Fahrplan,

sondern nach Kundenbedürfnissen», sagt Amstutz. Entscheidend seien die oft kurzfristigen Bedürfnisse von Wirtschaft und Bevölkerung. Mit einer Rolle könnte das Verkehrsaufkommen deshalb nie und nimmer bewältigt werden. «Wer dieses Konzept auf längere Sicht hinaus ins Auge fasst, will – bewusst oder unbewusst – das

Tessin vom Rest der Schweiz abtrennen und den Kanton Uri wirtschaftlich abstrafen», ist der Astag-Zentralpräsident überzeugt.

Die Astag fordert deshalb im Einklang mit den betroffenen Regionen erneut, dass der Bundesrat unverzüglich den Bau einer zweiten Röhre an die Hand nimmt. Denn während der Sanierung müsse garantiert sein, dass der Gottard permanent offenbleibt. «Vor allem für den Binnenverkehr braucht es eine reibungslose, wintersichere Verbindung zwischen dem Tessin und der Deutschschweiz», so Amstutz.

Der sgv hat sich stets für eine zweite Tunnelröhre sowie gegen eine komplette Schliessung während der Sanierung ausgesprochen und unterstützt die Astag auch jetzt mit Nachdruck. «Ein Lastwagenverbot im Gotthardtunnel, wie ihn die Alpen-Initiative eigentlich fordert, werden wir nicht hinnehmen», betont Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler. Gst



Massgeschneiderte
Kreditprodukte für KMU!

Die Finanzierung Ihrer Geschäftsidee ist bei uns in besten Händen.

Profitieren Sie von schnellen, unbürokratischen Lösungen zur Finanzierung und Liquiditätsbewirtschaftung Ihrer Firma, benutzerfreundlichen E-Services und kompetenter Beratung.
Mehr erfahren Sie unter www.postfinance.ch

Besser begleitet.

PostFinance
DIE POST 

CHRISTIAN WASSERFALLEN – Der 29-jährige Berner FDP-Politiker ist der Zweitjüngste im Nationalrat. Einen EU-Beitritt lehnt er ab, weil dieser nicht im Interesse der Schweiz liege. Und er weiß: Viel Regulierung ist schlecht fürs Gewerbe.

«Jung sein ist noch kein Programm»



Gewerbezeitung: Sie wurden im Alter von 26 Jahren in den Nationalrat gewählt und streben nun eine zweite Legislatur an. Sind Sie immer noch ein «junger» Politiker?

■ **Christian Wasserfallen:** Ich wurde als Zweitjüngster in den Nationalrat gewählt, und dies bin ich immer noch. Ich hoffe, das wird sich im Herbst ändern. In allen Parteien sind die «Jungen» im Kommen.

Hoffen Sie darauf, dass vermehrt Junge gewählt werden?

■ Ja, das wäre gut. Nicht nur im Nationalrat, auch im Ständerat sind zunehmend junge Köpfe zu sehen. Diese Entwicklung freut mich – aber es braucht Zeit, bis noch mehr Junge in die Räte gewählt werden.

Sind denn «Junge» tatsächlich besser? Was halten Sie von der Diskussion um «alte» Parlamentarier?

■ Jung oder alt sein – das alleine ist ja noch kein Programm. Von den Jungen wird vielleicht noch etwas mehr Leistung erwartet als von älteren Ratsmitgliedern. Wir haben meist weniger Mühe, uns medial zu präsentieren; der Schritt in die Öffentlichkeit fällt uns leichter. Dazu kommt, dass wir unter Gleichaltrigen den direkten Kontakt einfacher finden. In unserem U35-Club erlebe ich – bei allen politischen Differenzen – über die Parteidgrenzen hinweg einen guten Zusammenhalt. Und noch etwas: Viele Journalisten sind in meinem Alter oder nur wenig älter. Auch das schadet uns «Jungen» sicher nicht.

Facebook, Twitter, Skype – Ihre persönliche Website erscheint «jung» und professionell. Sind Sie immer für alle erreichbar?

■ Meine Website habe ich selber gestaltet und ich pflege sie auch selbst. Dort kann ich selber bestimmen, was und wie ich kommunizieren will. Auf Facebook dagegen wird über mich kommuniziert; aber auch dort kann ich über die Vergabe von Rechten mitscheiden, was rund um mich läuft. Natürlich beantworte ich nicht

«JUNGEN FÄLLT DER SCHRITT IN DIE ÖFFENTLICHKEIT LEICHTER»

alle Fragen, die über Facebook an mich gelangen, sofort. Im Übrigen ist das Mail noch immer das Mittel, das am häufigsten verwendet wird. Grundsätzlich ist zu sagen: Über meine Erreichbarkeit bestimme ich selber.

Einzelne Politiker machen Computerspiele für die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher verantwortlich und rufen nach Verbote. Was halten Sie von solchen Forderungen?

■ Es ist möglich, dass gewisse Spiele einen Einfluss auf die Entwicklung junger, labiler Persönlichkeiten haben. Das rechtfertigt aber noch lange keine Verbote. Elektronische Inhalte lassen sich nun mal nicht verbieten, denken Sie nur an Wikileaks. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Die allermeisten jungen Menschen können sehr wohl zwischen Fiktion und Realität unterscheiden. Statt Inhalte zu verbieten, ist es besser, die Leute hinter dem Bildschirm hervorzulocken – etwa zum Sport. Ich bin überzeugt, dass der Umgang mit Computerspielen nicht in Gesetzen oder Präventionsprogrammen, sondern ganz einfach daheim am Familientisch geregelt werden muss. Wir können nicht jedes Problem an den Staat delegieren.

Ein Nationalratsmandat bedeutete früher auch viel Prestige. Wie sehen das die «Jungen» heute? Verschafft das Amt Ihnen bei Alterskollegen Respekt?

■ Es ist nicht derselbe Respekt, auf den die ältere Generation zählen kann. Mich spricht kaum jemand mit «Herr Nationalrat» an. Aber manche aus meiner Altersgruppe finden es «krass», was ich in meinem Alter erreicht habe – im Parlament mitbestimmen zu können; und sie sagen mir das auch. Ich werde oft auf das Amt angesprochen, definiere mich aber keineswegs darüber. Im Gegenteil: Ich finde es eine grosse Qualität der Schweiz, dass man neben dem Dasein als Parlamentarier sein persönliches Leben ganz normal weiterführen kann.

Ihr verstorbener Vater Kurt Wasserfallen war als Mitglied der Berner Stadtregierung und auch als Nationalrat für seine klaren Worte national bekannt. Wie haben Sie sich aus seinem grossen Schatten befreit?

■ Auch wenn wir politisch sehr stark übereinstimmen und die gleichen Ideale geteilt haben: Ich wollte nie in

«WIR KÖNNEN NICHT JEDES PROBLEM AN DEN STAAT DELEGIEREN»

seine Fussstapfen treten oder sein Erbe antreten und musste mich darum auch nicht aus seinem Schatten befreien. Für mich war immer klar: Ich bin der Christian Wasserfallen, nicht der Kurt. Ich war und bin ein eigenständiger Mensch und gehe meinen eigenen politischen Weg. Dies hat mein Vater verstanden und auch immer unterstützt. Vergleiche

«Erfolg lässt sich nur durch Leistungswillen und Einsatzbereitschaft erreichen, das ist für mich selbstverständlich», sagt der junge Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen.

mit meinem Vater erachte ich stets als grosses Kompliment. Dennoch: Der Name Wasserfallen hat mir bei meiner Wahl 2007 bestimmt geholfen. Die Leute wussten und wissen heute, wofür er steht. Zu meinen Erfolgsfaktoren gehörten darüber hinaus auch meine politische Arbeit

«DIE FACHHOCHSCHULEN MÜSSEN SICH AM ARBEITSMARKT ORIENTIEREN»

im Berner Stadtparlament und meine Kommunikation gegen aussen. Ich setzte schon im Wahlkampf 2007 auf persönliches Engagement statt auf viel Geld. Erfolg lässt sich nur durch Leistungswillen und Einsatzbereitschaft erreichen, das ist für mich selbstverständlich.

Sie wollen sich für die Fachhochschulen einsetzen. Was darf man von Ihnen konkret erwarten?

■ Wir diskutieren momentan das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz. Es bietet uns die Möglichkeit, die Fachhochschulen endlich auf die gleiche Ebene wie die Universitäten zu stellen. Ich wehre mich gegen eine falsch verstandene Akademisierung der Fachhochschulen. Es ist äusserst wichtig, dass dort weiterhin berufsbezogen gelehrt wird. Dies hat einen direkten Einfluss auf die Arbeitswelt. Das Ziel ist folgendes: «Wer eine Fachhochschule absolviert hat, kann die hohen Anforderungen der Arbeitgeber erfüllen oder gar übertreffen. Eine Unternehmung stellt einen FH-Absolvierenden ein und weiß, dass die Person den Job erfolgreich ausführen kann.» Dieser Arbeitsmarktbezug ist enorm wichtig und darf unter keinen Umständen verloren gehen.

Sie fordern «Leistung und Noten statt Wohlfühlsschule». Was muss sich Ihrer Meinung nach in der Schweizer Schullandschaft ändern?

■ Die Selektion an den Schulen darf nicht in den Elterngesprächen vorgenommen werden, sondern wieder nach Noten. Eine «Elterndemokratie» kann keine Lösung sein; dies führt zu einer Nivellierung nach unten. Und das ist weder im Interesse des Arbeitsmarkts noch der Universitäten.

Sie verlangen eine solide Finanzierung der Sozialwerke. Wie wollen Sie dies erreichen?

■ Am meisten Sorgen bereitet mir die AHV. Hier müssen sich Ausgaben und Einnahmen längerfristig die Waage halten. Wir müssen uns dringend klar werden, wie das erreicht werden kann. Die Probleme der IV müssen wir ausgabeseitig in den Griff kriegen – und zwar ohne Zwang für die Unternehmen. Und im KVG setze ich auf Modelle wie Managed Care und HMO; eine Einheitskasse löst die Probleme bestimmt nicht.

Anders als Ihre junge Parteikollegin Christa Markwalder lehnen Sie einen EU-Beitritt der Schweiz ab. Weshalb?

■ Weil der Beitritt nicht im Interesse der Schweiz liegt. Im Gegenteil: Unsere lebendige Demokratie, die hohe Wettbewerbsfähigkeit, der starke Werkplatz, die tiefe Mehrwertsteuer – all dies würde aufs Spiel gesetzt. Wenn wir das Bildungsniveau – gerade auch

dank des dualen Systems – oder die Staatsverschuldung vergleichen, wird klar: Die Schweiz hat die Nase überall vorne. Klar ist: Ich und mit mir alle meine Parteikollegen setzen auf bilaterale Verträge. Der EU-Beitritt steht nur bei ganz wenigen auf der Traktandenliste.

Im KMU-Rating des sgv haben Sie es auf Rang 15 geschafft. Wann haben Sie Ihr Herz fürs Gewerbe entdeckt?

■ Als Absolvent einer Fachhochschule kenne ich Sorgen und Nöte des Gewerbes gut. Und als Einwohner und ehemaliger Stadtrat der links-grün regierten Stadt Bern erlebe ich täglich, wie man es nicht machen darf. Die Rahmenbedingungen hier sind schlecht, die Wirtschaftsförderung setzt sich zu wenig spürbar fürs Gewerbe ein. Hohe Steuern, Abgaben und Gebühren, eine restriktive Verkehrsführung, das Reklameverbot auf Sonnenschirmen oder Vorschriften über Gartenmöbel, um nur wenige Beispiele zu nennen – eine solch hohe Regulierungsdichte wirkt sich immer negativ auf das Gewerbe aus.

Der SRG-Wahlbarometer von Anfang Jahr prognostiziert den FDP-Liberalen einen leichten Zuwachs auf 17,7 Prozent. Die Partei selber setzt sich 20 Prozent zum Ziel. Glauben Sie daran?

■ Ja. Und zwar nicht nur, weil uns unser Hauptgegner, die SP, mit ihren Positionen zur Überwindung des Kapitalismus, zum EU-Beitritt, zur Armeeabschaffung und zur Verkehrsfinanzierung netterweise immer wieder hilft. Die Wähler sehen, dass die

«20 PROZENT FÜR DIE FDP SIND ABSOLUT REALISTISCH»

Schweiz mehr denn je eine lösungsorientierte Partei Mitte rechts braucht, die übrigens über 80 Prozent der Abstimmungen gewinnt. Die FDP muss aber selbstbewusster auftreten und volksnaher argumentieren. Dann ist das Ziel «20 Prozent» absolut realistisch.

Sie selber werden im Herbst für eine zweite Amtszeit kandidieren. Wie schätzen Sie Ihre eigenen Wahlchancen ein?

■ Ich habe mich vier Jahre lang engagiert und einen hohen «Pace» durchgehalten – eigenständig, «jung» und effizient. Deshalb hege ich die Hoffnung, dass ich das Vertrauen, das mir die Wählerschaft 2007 entgegengebracht hat, auch 2011 wieder erwarten darf.

Interview: Gerhard Enggist

ZUR PERSON

Christian Wasserfallen (29) studierte von 2003 bis 2007 Maschinenbau an der Berner Fachhochschule und schloss 2007 als diplomierte Maschineningenieur FH ab. Seine politische Karriere begann im Jahr 2000 als Vorstand und Delegierter der Jungfreisinnigen Bern. Von 2002 bis 2005 präsidierte er die Jungfreisinnigen der Stadt Bern und amtete ab 2003 als Stadtrat (Legislative) von Bern. Seit Dezember 2007 politisiert Wasserfallen im Nationalrat für die FDP.

GESCHÄFTSFÜHRERIN IM FAMILIEN-KMU - KMU-Frauen sollen für ihre langjährige Berufserfahrung mit eidg. Fachausweis belohnt werden.

Verdiente Anerkennung



Marianne Zambotti, Präsidentin der KMU-Frauen Zürich, wurde bei der Stellensuche auch schon falsch eingeschätzt.

Die KMU-Frauen Schweiz, das Netzwerk des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv für die Mitarbeitenden Partnerinnen in KMU, setzen sich seit zwei Jahren mit aller Kraft für die Schaffung des eidgenössischen Fachausweises «Geschäftsführerin im Familien-KMU» ein. Damit sollen die Leistungen der KMU-Frauen validiert und auf Bundesebene anerkannt werden. Das Projekt wird vom eidgenössischen Gleichstellungsbüro unterstützt.

Zentrale Funktion

Die Mitarbeitende Partnerin hat im Familienbetrieb eine zentrale Funktion. Ihre Arbeiten sind häufig genau abgegrenzt und ihre Qualifikation im Betrieb anerkannt. Nun ist es an der Zeit, diesen grossen Leistungen auch gegen aussen den Stellenwert und ihre Anerkennung zu geben, die sie verdienen. Eine wichtige Etappe im Projekt wurde im Sommer dieses Jahres anlässlich einer Sitzung der Konferenz der kantonalen KMU-Frauen (KKF) erreicht. Als verantwortliches Gremium hat die KKF das Qualifikationsprofil des künftigen Fachausweises für Geschäftsfrauen in Familien-KMU genehmigt und verabschiedet.

Bildungsleistungen belohnen

«Mit der Schaffung eines Fachausweises «Geschäftsfrau in Familien-KMU» möchte der Schweizerische Gewerbeverband sgv als Dachorganisation der Schweizer KMU die wichtige Rolle der KMU-Frauen im Familienbetrieb

würdigen und zeigen, welche Kompetenzen diese Frauen im Laufe ihrer beruflichen Praxis erlangen», erklärt Christine Davatz-Höchner, Vizedirektorin sgv und Präsidentin der KMU-Frauen Schweiz. Das Konzept der Validierung von Bildungsleistungen (va-

STELLENSUCHE ERLEICHTERN

«In einem Land wie der Schweiz sind Diplome und Abschlüsse wichtig», sagt Marianne Zambotti, Präsidentin der KMU-Frauen Zürich. Doch wer im Betrieb und zu Hause mehrere Aufgaben zugleich wahrnehmen müsse, habe schlicht nicht die Zeit, für langwierige Weiterbildungsmodulen zu lernen. Zumal die Kurskosten von bis zu 16'000 Franken das Budget mancher KMU-Geschäftsfrau sprengen. Dies führt dazu, dass viele Frauen verzichten, mit einem teuren Zertifikat all ihr Können und Wissen festzuhalten, und dementsprechend bei einer Stellensuche schlechte Voraussetzungen haben. «Ich selber habe auch keinen Hochschulabschluss und bekundete letztes Jahr bei der Stellensuche Mühe, aufzuzeigen, auf welche verschiedenen Bereiche

sich meine Fähigkeiten erstrecken», so Zambotti. Der Abschluss als «diplomierte KMU-Geschäftsfrau SIU» und die mit Diplomen anerkannten Leistungsausweise halfen ihr nur bedingt. «Viele Personalverantwortliche reduzierten mich auf meine vier Fremdsprachen und wollten mich an eine Rezeption setzen», sagt sie. «Ich bin damit kein Einzelfall, zahlreiche Frauen werden bei Bewerbungen falsch eingeschätzt», hält Marianne Zambotti fest. Sie ist daher überzeugt: «Die Möglichkeit, über die Anerkennung informell erworbener Bildungsleistungen zu einem Fachausweis zu gelangen und damit die Arbeit der KMU-Frauen zu wertschätzen, ist für unsere KMU-dominierte Wirtschaft von zentraler Bedeutung.»



Frauen sollen aufzeigen können, was sie im KMU-Alltag geleistet haben.

lidation des acquis) ermögliche dies, ohne dass man unbedingt die Schulbank drücken müsse. Fehlen gewisse Anforderungen aus dem Qualifikationsprofil, könnten und müssten diese noch nachgeholt werden.

Ebenso wie ihre beiden Projektpartnerinnen - Line Pillet von Swiss Occidental Leonardo und Diane Reinhard, Inhaberin des Beratungsbüros PotentialYse - ist Christine Davatz-Höchner überzeugt, dass dieser Fachausweis einem Bedürfnis der KMU-Frauen entspricht.

Endlich kann das Motto der KMU-Frauen Schweiz «anerkennen - integrieren - vernetzen» auch im Bereich der beruflichen Fähigkeiten umgesetzt werden. Mit dem Fachausweis soll ein doppeltes Ziel erreicht werden: einerseits wird damit die Arbeitsmarktfähigkeit der KMU-Frauen erhöht und andererseits wird damit der Einsatz im Betrieb ausgewiesen und anerkannt.

Reglement in Sicht

Die Frauen sollen dereinst in einem Dossier erfassen, welche operationellen oder strategischen Tätigkeiten sie selbst ausüben und welche sie mit ihrem Partner teilen. Das dafür notwendige Reglement, das vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT genehmigt werden muss, soll Ende 2011 eingereicht werden. Ziel ist, dass im Frühling 2012 die ersten KMU-Frauen mit der Erstellung ihrer Dossiers beginnen können.

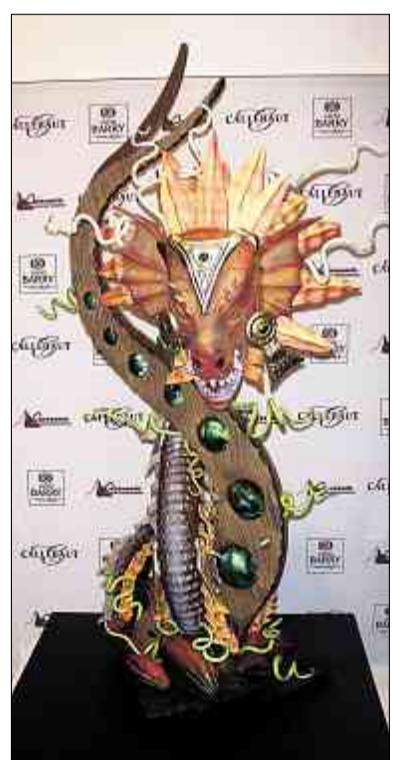
Matthias Engel

LINK

www.kmufrauenschweiz.ch

BERUFSWETTBEWERB - Claudia Schmid wurde im Final der Swiss Chocolate Masters zur besten Schweizer Confiseurin des Jahres auserkoren.

Klarer Sieg für junge Zürcherin



Die 30. Schweizer Fachmesse für Bäckerei-, Konditorei- und Confiseriebedarf (FBK) war Austragungsort von hochkarätigen Berufswettbewerben. Dazu gehörten vorab die Swiss Chocolate Masters 2011. Der Wettkampffinal wurde zum Thema «Kakao - Quetzalcoatl's Geschenk» ausgetragen. Unter den sechs Kandidatinnen und Kandidaten, die viel Kreativität und immenses Talent bewiesen haben, wurde der beste Schweizer Confiseur des Jahres auserkoren. Herzstücken waren eine Schokoladentorte, zwei Pralinensorten, eine Schokoladen-süssspeise auf Teller, ein Schaustück aus Schokolade und ein Dekorationsstück. Die Werke wurden von einer Jury, bestehend aus zwölf erfahrenen Fachpersonen, bewertet.

Nicht überraschend wurde der hochklassige Wettbewerb schliesslich von den beiden Frauen im Teilnehmerfeld dominiert. Frauen belegen seit Jahren an den Meisterschaften der «süs-



Sie war klar die Beste: Claudia Schmid aus Urdorf.

sen Branche» regelmässig Spitzenplätze. Die Siegerin, Claudia Schmid von Urdorf, arbeitet zurzeit für die Confiserie Sprüngli in Zürich, einen Betrieb, der schon mehrmals Medallengewinnerinnen und -gewinner gestellt hat. Die Urdorferin hat neben

dem Titel «beste Schweizer Confiseurin des Jahres» auch den begehrten Publikumspreis für ihre Schaustück-kreation gewonnen. Sie wird die Ehre haben, die Schweiz im kommenden Oktober 2011 an den World Chocolate Masters in Paris zu vertreten. Bemerkenswert war auch das gute Abschneiden von Guillaume Charlet: Der Waadtländer hat seine Berufslehre als Konditor-Confiseur noch nicht abgeschlossen.

Pd/Lu

RANGLISTE

- Claudia Schmid**, Urdorf
(Arbeitgeber:
Confiserie Sprüngli, Zürich)
- Pilar Ricciardi**, Genf (Four Seasons Hotel des Bergues, Genf)
- Pascal Inauen**, Altstätten
(Hotel Hof Weissbad, Weissbad/Al)
- Guillaume Charlet**, Lausanne
(Restaurant de l'Hôtel de Ville, Crissier);
Mario Iunderschmitt, Niedergesteln/VS (Restaurant Staldbach, Visp);
Samuel Romagné, Gaillard/Frankreich (Pâtisserie-confiserie Marc-André Cartier, Versoix/GE).

AUS DEN VERBÄNDEN

Energiesparleitfaden

Energie sparen bedeutet nicht nur die Umwelt schonen, sondern auch Kosten senken. Dieser Effekt ist insbesondere für die Hotellerie von Bedeutung. Aus diesem Grund haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Hotels Massnahmen zur Reduktion von Energieverbrauch und -kosten umgesetzt. So sind über 220 Betriebe aus dem Bereich Tourismus in die verschiedenen Energiesparmodelle der Energie-Agentur der Wirtschaft eingebunden. Um die Hoteliers bei der Senkung der Energiekosten zu unterstützen, wurde der Leitfaden «Energiemanagement in der Hotellerie» erstellt. Das Bundesamt für Energie hat diesen Bericht kürzlich überarbeitet. Der Leitfaden beinhaltet praktikable Lösungsansätze und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz in der Hotelbranche. hotelleriesuisse ermuntert alle Mitglieder, von den Tipps und Erkenntnissen zu profitieren, ihre Kosten zu senken und gleichzeitig zur Reduktion des Energieverbrauchs beizutragen. Energieleitfaden abrufbar unter:

LINK

www.hotelpower.ch (Rubrik News)

Parietti folgt Buro

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Bauemeisterverbandes SBV hat sich für die Amtszeit 2011 bis 2014 neu konstituiert. Als Ersatz für den altershalber zurückgetretenen zweiten Vizepräsidenten Michel Buro wurde einstimmig Pierre Parietti, Präsident der SBV-Sektion Jura, gewählt. Erster Vizepräsident bleibt wie bisher Jost Murer.

Barista-Titelkämpfe



Sein Kaffee überzeugte am meisten: Michel Jüngling.

Die 12. Ausgabe der Schweizer Barista-Meisterschaften 2011 fand erneut im Berner Westside statt. Drei Tage lang haben sich die besten Kaffeekünstler der Schweiz in vier Kategorien gemessen. Den wichtigsten Titel - jenen bei den Baristas - sicherte sich überzeugend Michel Jüngling aus Simach. Bereits zum dritten Mal gewann Sandra Stucki aus Gohl im Emmental die «Coffee in Good Spirits»-Wettkämpfe. Gold für «Latte Art» ging an Beat Wiss aus Emmen, während Patrik Hosennen aus Gersau im «Cup Tasting» Erster wurde. Michel Jüngling wird die Schweiz im kommenden Juni an den Weltmeisterschaften in Bogotá vertreten. Die Sieger in den übrigen drei Kategorien nehmen ebenfalls im Juni an den Weltmeisterschaften in Maastricht teil.

TIPP DER WOCHE

Postgebühren sparen

Wer am Postschalter Rechnungen begleicht, nimmt dem Empfänger Geld weg, das in Form von Gebühren bei der Post landet. Während die öffentliche Hand dies (etwa bei der Bezahlung der Steuerrechnungen) zähneknirschend als «service public» hinnimmt, sind dazu immer weniger Unternehmen bereit. Jüngstes Beispiel ist Sunrise: Ab März verrechnet die Firma die von der Post in Rechnung gestellten Schaltergebühren (in der Regel 1.75 Franken) in der Rechnung des folgenden Monats. Der Konzern spart damit pro Jahr bis zu 6 Millionen Franken. Das System bereits eingeführt haben die meisten Kreditkartenfirmen. Als Folge stellen sie einen namhaften Rückgang der Postüberweisungen fest. Dieses Beispiel könnte Schule machen: Immer mehr KMU übernehmen diese Praxis. Und sie haben damit bei der Kundschaft meist keine Probleme, wenn sie ihre Rechnungen entsprechend transparent gestalten.

APROPOS**Kuscheln und einknicken**

Für den sgv ist es selbstverständlich, dass der Bundesrat Rückgrat und Standfestigkeit gegenüber dem Ausland zeigt. Nach Artikel 2 der Bundesverfassung schützt ja der Bund die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Doch Ausnahmen scheinen leider in der letzten Zeit die Regel zu bestätigen. Jüngstes Beispiel der Kuschelpolitik unserer Landesregierung ist das Einknicken von Bundesrätin Widmer-Schlumpf gegenüber allfälligen Forderungen der OECD nach einer Aufweichung der Anforderungen für die Amtshilfe in Steuersachen.

Einzig wegen der Möglichkeit eines zu erwartenden kritischen Länderberichts der internationalen Wirtschaftsorganisation schlägt Bundesrätin Widmer-Schlumpf dem Parlament Änderungen für bereits abgeschlossene und noch abzuschliessende Doppelbesteuerungsabkommen vor. Ein solcher vorauselender Gehorsam und eine Politik im Konjunktiv sind nach Auffassung des sgv staatspolitisch bedenklich und laden das Ausland geradezu zu weiteren Erpressungsversuchen ein.

«Wir erwarten von den eidgenössischen Räten, dass sie entschlossen Gegensteuer geben und nicht wieder dem Druck der OECD nachgeben», meint Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler resolut. Der sgv lehne eine erneute Anpassung und Uminterpretation der Doppelsteuerungsabkommen mit Entschiedenheit ab.

Nebel um Phantompaket

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Wirtschaftsminister Schneider-Ammann, buhlen um das Verständnis der Wirtschaft für ihr Phantompaket «Bilaterale III». Wohl um die Reihen zu schliessen, luden die beiden Spitzenvertreter der Wirtschaftsverbände ins Bundeshaus ein.



Man wolle die Resultate der Brüsseler Gespräche vom 8. Februar und das weitere Vorgehen in der Europapolitik besprechen, hieß es in der Einladung. Kurz vor dem Treffen kam allerdings die Absage – «wegen Terminkollisionen». Derart nebulose Begründungen laden geradezu zu Spekulationen ein. Recht wahrscheinlich ist die These, wonach das Duo kalte Füsse bekommen hat, weil die Landesregierung zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht orientiert worden war. Wie dem auch sei: Die intime Aussprache soll laut einem gebieterischen Marschbefehl des Integrationsbüros am kommenden Dienstagabend nachgeholt werden.

Bloss Schwarzmalerei?

Deutschland denkt um und inspiriert damit auch die helvetischen Nachbarn: Nach neusten Erkenntnissen ist der Schaden durch Schwarzarbeit in unserem nördlichen Nachbarland deutlich geringer als bisher angenommen, und gleichzeitig ist ihre Bekämpfung wirtschaftlich nur wenig erfolgreich. «Teuer und ineffizient» seien die Bemühungen der Behörden, befand kürzlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Zwar könnte das Schadenausmass der Schwarzarbeit angesichts ihrer Illegalität nur geschätzt werden. Bisher waren diese Einschätzungen jedoch viel zu hoch gegriffen, erklärt das DIW. Statt eines bislang angenommenen Anteils von 15 bis 16 Prozent der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandprodukt seien Werte von maximal drei Prozent realistischer. Das Bundesfinanzministerium beziffert den Schaden mit rund gut 200 Milliarden Franken jährlich. Um der illegalen Beschäftigung beizukommen, wendet die Bundesrepublik schätzungsweise etwa 670 Millionen Franken im Jahr auf. Mit rund 6500 Mitarbeitenden bekämpft die «Finanzkontrolle Schwarzarbeit» die illegale Beschäftigung. Sie treibt aber nur 45 bis 60 Millionen Franken im Jahr ein. Mit der deutschen «Wende» in Sachen Schwarzarbeit dürften sich auch die Schweizer Schätzungen über die Schäden – man geht von 30 Milliarden Franken im Jahr aus – als übertrieben erweisen.

EIGENMIETWERT – Die Aufhebung der Steuer ist kein Wundermittel, das den Weg zu Wohneigentum ebnet.

Lose-lose-Situation droht

Rentner sollen ihren Lebensabend geniessen dürfen – und nicht durch hohe Steuern belastet werden.

Die im Januar 2009 vom Hauseigentümerverband Schweiz (HEV Schweiz) eingereichte Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» hat die Debatte rund um den Eigenmietwert wiederbelebt. Folgend eine Übersicht der zurzeit auf eidgenössischer Ebene diskutierten Vorschläge.

Um eine Gleichbehandlung mit den Mietern zu gewährleisten, sind die schweizerischen Wohneigentümer dazu verpflichtet, ihrem steuerbaren Einkommen einen geschätzten Mietwert ihrer Unterkunft (Eigenmietwert) hinzuzufügen. Im Gegenzug haben sie das Recht, Anschaffungskosten – im wesentlichen Schuldzinsen (Hypotheken) und Unterhaltskosten – vom Einkommen abzuziehen. Doch seit Jahren ist der Eigenmietwert Ziel endloser Kritik, denn die Steuer kompliziert das Einschätzungsverfahren, verursacht ein Vielfaches an administrativem Aufwand und erhöht die Steuerlast «kleiner» Eigentümer beträchtlich, die bereits einer Vielzahl von Grundsteuern unterworfen sind. Insgesamt entspricht die Steuer nicht dem konstitutionellen Ziel der Wohneigentumsförderung.

Hilfestellung für Rentner

Weil mit dem Ende ihrer beruflichen Aktivitäten ihre Einkünfte abnehmen und weil sie ihre Hypothekarschulden zurückbezahlt haben (oder daran sind), werden Rentner vom heute geltenden System doppelt bestraft. Um ihnen zu helfen, will die Volksinitiative des HEV Schweiz AHV-Rentnern die Möglichkeit geben, sich für eine Aufhebung ihrer Eigenmietwertbesteuerung zu entscheiden. Im Gegenzug könnten sie die an das Wohneigentum gebundenen Schuldzinsen nicht mehr vom steuerbaren Einkommen abziehen, und der Höchstabzug für jährliche Unterhaltskosten wäre auf 4000 Franken limitiert. Die Initiative garantiert im weiteren eine volle Abzugsmöglichkeit der Kosten für Energiespar- und Umweltschutzmaßnahmen.

Bundesrat macht Tabula rasa

Der Bundesrat lehnt es ab, eine fiktive Befreiung von der Eigenmietwertsteuer einzuführen auf Rentner zu

beschränken; er hat deshalb die Initiative des HEV Schweiz verworfen und ihr im Juni 2010 einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser macht Tabula rasa mit dem heute geltenden System: sowohl der Eigenmietwert (für sämtliche Eigentümer) als auch die Abzüge für Unterhaltskosten und Schuldzinsen werden abgeschafft. Weiterhin abzugsfähig bleiben besonders wirkungsvolle Energiespar- und Umweltschutzaufnahmen. Um den Zugang zu Wohneigentum zu fördern, können Ersterwerber Schuldzinsen zeitlich und betragsmäßig begrenzt in Abzug bringen.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-SR), die sich kürzlich mit dem Dossier befasst hat, will den Gegenvorschlag des Bundesrats dahingehend ändern, dass die Steuerabzüge für Energiesparmaßnahmen gestrichen werden und der abziehbare Betrag für Neueigentümer auf 12 000 Franken für Ehepaare sowie 6000 Franken für alle übrigen Steuerpflichtigen festgelegt wird.

Schädliche Konsequenzen

Die aus dem offiziellen Bundesbericht stammenden Reformvorschläge sind lobenswert, aber gehen in die falsche Richtung. Sie vermitteln die Illusion, dass der komplette Systemwechsel einem Nullsummenspiel gleichkommt. In Wirklichkeit ist die Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit für Unterhaltskosten eine lose-lose-Massnahme: sie bestraft nicht nur die Eigentümer, die ihre Immobilie in einem guten Zustand erhalten möchten, sondern trifft vor allem auch die ganze Bauwirtschaft (inklusive deren Arbeitsplätze) schwer, die fast 10 Prozent unseres BIP ausmacht. Zur Erinnerung: eine 2009 vom Schweizerischen Baumeisterverband durchgeführte Umfrage zeigt, dass für fast ein Drittel der Unternehmen die Umbau- und Renovierungsarbeiten an Gebäuden mehr als 20 Prozent der Umsatzzahlen ausmachen.

Verbesserungen möglich

Doch was tun, wenn der komplette Systemwechsel nicht die Lösung sein

kann? Für das Plenum des Ständerats, das sich am kommenden 14. März zur Zukunft der Eigenmietwertbesteuerung äussern muss, gibt es zwei Optionen. Erste Option: eine partielle Änderung des Systems, die den Eigenmietwert abschafft und die Abzüge der Unterhaltskosten beibehält. Zweite Option: eine Verbesserung des geltenden Systems durch die Festle-

gung des Eigenmietwerts auf 60 Prozent des Marktwerts (vom Bundesgericht als akzeptabel eingestufter Prozentsatz) und durch die Unterstützung der Initiative «Sicheres Wohnen im Alter», die den Rentnern auf gezielte Art zu Hilfe kommt, ohne andere Kategorien von Steuerpflichtigen zu bestrafen.

Marco Taddei

81. INTERNATIONALER AUTO-SALON UND ZUBEHÖR GENF
3.-13. MÄRZ 2011



www.salon-auto.ch mit



SBB CFF FFS

Bequem mit dem Kombibillet Bahn + Eintritt.

OICA

GENEVA EXPO

REGULIERUNGSKOSTEN - Das revidierte Arbeitsvermittlungsgesetz kostet die Personalverleihbranche jedes Jahr viel Geld.

Millionen für Bürokratie

KERNTHEMA



Die Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) im Zusammenhang mit den Flankierenden Massnahmen II hat die Regulierungskosten

im Personalverleih massiv erhöht. Der Verband der Personaldienstleister der Schweiz swissstaffing, der 242 Unternehmungen vertritt, hat kürzlich detailliert ausgegerechnet, wie teuer der Bürokratiewahn der Branche zu stehen kommt.

Spezielle GAV-Datenbank nötig

Die Pflicht zur Einhaltung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen sowie insbesondere der Beiträge für Weiterbildung, Vollzug und allfällige Vorruhestandslosungen (FAR) von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (ave GAV) bedeutet für die Personalverleiher, dass sie ihre Einsatzverträge und Lohnabrechnungen nach über 5000 Parametern programmieren müssen. Der Personalverleih kann heute nicht mehr ohne eine entsprechende GAV-Datenbank abgewickelt werden.

«Wir schätzen den Aufwand für den Betrieb und die kontinuierliche Pflege einer GAV-Datenbank auf 200 000 Franken pro Jahr. Da in der Branche vier solche Datenbanken existieren, kosten allein diese jährlich 800 000 Franken», erklärt Vizedirektorin Myra Fischer-Rosinger.

Zeitintensive Administration

Den zusätzlichen Aufwand der Personalberatenden für die GAV-konforme Vertragserstellung schätzt der

Verband auf einen Arbeitstag pro Monat und Personalberater. Bei 3000 branchenweit tätigen Personalberatenden führt dies bei einem durchschnittlichen Tagessatz von 200 Franken zu Kosten von insgesamt 7,2 Millionen Franken.

Zusätzlicher Administrationsaufwand entsteht durch die Tatsache, dass die abgerechneten Weiterbildungs-, Vollzugs- und FAR-Beiträge an rund 70 verschiedene paritätische Institutionen abgeführt werden müssen. Dazu muss man wissen: Jeder GAV hat seine eigene paritätische Kommission. Den Aufwand für die GAV-konforme Abrechnung der Weiterbildungs-, Vollzugs- und FAR-Beiträge schätzt swissstaffing auf 1 Mannmonat je Personverleihfirma. Bei rund 700 Firmen und einem Monatsgehalt von 8000 Franken macht das für die Gesamtbranche 5,6 Millionen Franken.

Kostspielige Kontrollen

«Die Einhaltung der ave GAV durch die Personalverleiher wird von den paritätischen Organen kontrolliert. Auch die Vorbereitung solcher - häufig unkoordinierten - Kontrollen bindet Personal und verursacht Aufwand», weiss Myra Fischer-Rosinger. Sie schätzt diesen auf 1 Mannjahr je 370 Millionen Lohnsumme. «Bei einer Branchenlohnsumme von 3,7 Milliarden und einem Jahresgehalt von 100 000 Franken kostet dies insgesamt eine Million Franken. Und dies jedes Jahr.»

Insgesamt betragen die eigentlichen Regulierungskosten in der Personalverleihbranche somit 15 Millionen Franken pro Jahr. «Sie kreieren absolut keinen Mehrwert, sondern sind reine Bürokratie», ärgert sich Fischer-Rosinger.



Temporäre Arbeitseinsätze (hier in der Reinigungsbranche) werden durch die Bürokratie um 40 Millionen Franken pro Jahr verteilt.

Um 25 Millionen betrogen

Die swissstaffing-Vizedirektorin fügt sogleich hinzu, dass die Personalverleihbranche durch die Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes jedes Jahr nicht nur 15, sondern sogar 40 Millionen verliert. Schuld daran sind die abgeführten GAV-Beiträge, von denen weder die Personalverleiher noch die temporär Beschäftigten profitieren können. «Bei der Einführung der Regelung argumentierte man damit, dass man gleich lange Spiesse zwischen Festangestellten und Temporärarbeitenden schaffen wollte», so Fischer-Rosinger. Doch diese könnten von den Abgaben nur sehr vereinzelt profitieren. Trotz gesetzlicher Erfordernis - die swissstaffing-Vizedirektorin verweist auf Art. 48e AVV - hat bis heute keine der paritätischen Kommissionen ordnungsgemäss Rechenschaft über die Verwendung der bei der Verleihbranche erhobenen Beiträge abgelegt. «Aufgrund uns vorliegender Dokumente müssen wir annehmen, dass diese Gelder nicht im

Sinne des parlamentarischen Auftrages verwendet wurden, also nicht nur für Weiterbildung und nur sehr selten zum Vorteil der temporären Mitarbeitenden», erklärt sie.

Rund ein Drittel der Temporärarbeitsverhältnisse finden in Branchen mit einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag statt und unterstehen diesem folglich. «Wir schätzen das Gesamtvolume der jährlich abgeführten GAV-Beiträge für Weiterbildung und Vollzug auf drei bis vier Millionen Franken sowie für den frühzeitigen Altersrücktritt auf über 20 Millionen Franken.»

Wer weiss, dass die Temporärarbeitsbranche pro Jahr 125 Millionen Einsatzstunden vermittelt und somit Arbeitsplätze schafft, die es ansonsten nicht gäbe, kann nachvollziehen, wie sehr die übermässigen Regulierungskosten dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden. Matthias Engel

LINK

www.swissstaffing.ch

NACHLESE

Obamas Spar-Vorbild

Die USA haben mehr als vierzehn Billionen (14 000 000 000 000) Dollar Schulden und denken jetzt deshalb langsam ans Sparen. Präsident Barack Obama hat dafür ein Vorbild gefunden: Nach seiner Meinung sollten Regierungen mit Geld so umgehen wie Brenda Breece. «Ich glaube schon, dass meine Familie sparsam ist», hatte die Grundschullehrerin aus Missouri dem Präsidenten geschrieben und aufgezählt, wo sie überall den Rotstift ansetzen, seit Ehemann David seinen Job beim Autobauer Chrysler verlor. Höchstens noch einmal im Monat geht es ins Kino, der Friseur ist tabu, die Haare werden jetzt von Verwandten geschnitten. Wo immer es sich anbietet, schiebt Brenda Kupons über die Ladentheke, Rabattscheine, die man sich aus Zeitungen ausschneiden kann. Ein Posten aber bleibt unangetastet: Die fünfstellige Summe, die sie ihrer Tochter Rachel zuschiesst, damit die ihre College-Gebühren berappen kann. Lieber sucht sich die Mutter einen zweiten Job, als dass Rachel das Studium abbrechen müsste.

Obama erklärt Brenda Breece daher zum Symbol kluger Haushaltspolitik. «Nicht über unsere Verhältnisse leben, während wir zugleich in unsere Zukunft investieren», genau das strebe er an mit seinem neuen Budget. Im neuen, am 1. Oktober beginnenden Finanzjahr will die Re-



gierung sparen. Heizkostenzuschüsse für Einkommensschwache werden halbiert, ein Viertel weniger für ein Umweltprogramm an den Grossen Seen ausgegeben. Der Bund kürzt Subventionen für Flughäfen und Klärwasseranlagen und friert Beamtengehälter für zwei Jahre ein. Nebenbei: Die Notenpressen der USA laufen sich heiss, was inflationäre Tendenzen bewirkt und so die Schulden mildert. Natürlich auf Kosten von Leuten, die in Dollaranlagen investiert haben...

Für Schuldenbremse



Im April 2009 hat das sgv-Parlament, die Schweizerische Gewerbebekammer, eine Resolution gefasst, die einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik fordert. Ein besonderes Anliegen war dabei die Ausdehnung des Mechanismus der Schuldenbremse auf die

Sozialwerke. Diese Massnahme könnte nach anfänglicher Totalablehnung nun doch Realität werden: Am 17. Rheintaler Wirtschaftsforum hat Bundesrat Didier Burkhalter (Bild) in einer Rede über die nötigen Reformen des Sozialsystems den Beweis für sein Umdenken geliefert: «Zum einen müssen die Sozialversicherungen so ausgestaltet werden, dass sie bei vielfältigen Lebens- und Arbeitsformen einen genügenden Schutz bieten. Zum andern muss ein Mechanismus eingebaut werden, der eine mindestens teilweise finanziell stabilisierende Wirkung hat: eine Art Schuldenbremse.» Der sgv ist gespannt, wie der Innenminister die Sache angehen will...

FREMDWORT DER WOCHE

Submission. In der Schweiz im Hinblick auf das Verhältnis zur EU aktueller denn je. Bedeutet nämlich nicht nur Auftragsvergabe per Ausschreibung, sondern auch Unterwerfung und Unterwürfigkeit.

RADIKALE REFORM - Im Wahljahr wagt sich in der Schweiz niemand an das «Killerthema» Rentenalter-Erhöhung. Anders sieht es in Dänemark aus.

Erst mit über 70 Jahren in die Pension?

Eigentlich möchte Dänemarks konservative Regierung den Vorruhestand weitgehend abschaffen und das Rentenalter langfristig auf mindestens 70 Jahre anheben. Die radikalen Reformpläne des rechtliberalen Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen zielen nicht nur auf Einsparungen, sondern sollen auch den unausweichlichen Mangel an Arbeitskräften in kommenden Jahrzehnten bekämpfen. «Es geht hier um die Lebensfähigkeit der dänischen Wirtschaft», betont Rasmussen.

Stufenweise Anhebung

Dazu sollen einige alte Zöpfe abgeschnitten werden. Das in den 1990er-Jahren eingeführte Recht auf Vorruhestand mit 60 soll für jetzt unter 45-Jährige komplett abgeschafft werden. Für Ältere wird es stufenweise eingeschränkt. Davon hatten bisher vor allem Berufstätige aus unteren Einkommensgruppen Gebrauch gemacht. Rasmussen beschönigt nichts: «Man kann nicht gesunde Menschen dafür bezahlen, dass sie aufhören zu arbeiten.»



Mut bewiesen: Dänemarks Premier Lars Løkke Rasmussen.

Bald auch Deutschland?

Käme aber in Dänemark die Rente über 70 doch noch, könnte das vor allem für Deutschland Signalwirkung haben, die wiederum auf die Schweiz abstrahlen könnte. Denn die nordeuropäischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland gelten dort als Vor-

bild in Sachen Sozialsysteme. Bereits haben mehrere Politiker der CDU/CSU/FDP-Koalition leise angeregt, das Rentenalter von 67 auf 70 Jahre anzuheben. Laute Töne zu diesem Thema sind vorläufig unerwünscht, denn es steht ein Superwahljahr auf Länderebene bevor... Gst

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 380 14 14 - verlag@sgv-usam.ch - www.sgv-usam.ch

Herausgeber: Hans-Ulrich Bigler, Direktor - **Verlagsleiter:** Urs Wyler

Kommunikation/Redaktion: Ruedi Christen, Leitung
Patrick M. Lucca, Chefredaktor - Gerhard Enggist, Stv. Chefredaktor
Matthias Engel, Redaktor
redaktion@sgv-usam.ch - Tel. 031 380 14 14

Anzeigen: Publicitas Publimag AG, Seilerstrasse 8 - Postfach, 3001 Bern -
Tel. 031 387 22 11 - service.be@publimag.ch - **Leitung:** Alfred Blaser

Herstellung: St. Galler Tagblatt AG - **Auflage:** 108 536 Exemplare (WEMF-Beglaubigung 2010). Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen

AKTUELL**Facebook statt E-Mail**

Eine wichtige Erkenntnis für das Marketing: Die Teenies wollen keine E-Mails mehr schreiben. Zu diesem Schluss könnte man kommen, wenn man sich die aktuellen Zahlen des Marktforschungsunternehmens comScore ansieht. Die Firma berichtet, dass bei den 12- bis 17-Jährigen die E-Mail-Nutzung von 2009 auf 2010 um gewaltige 59 Prozent abgestürzt ist. Auch bei älteren Nutzern sank die Intensität, allerdings nicht so dramatisch. Dafür wird aber ab 55 Jahren E-Mail um mehr als 20 Prozent stärker genutzt als noch vor einem Jahr. Die Zahlen wurden zwar nur für die USA erhoben, zeigen aber dennoch einen interessanten Trend auf. Social Networks und Kurznachrichtendienste nehmen immer mehr Zeit in Beschlag. Allen voran natürlich Facebook. Das übermächtige Netzwerk mit fast 600 Millionen Mitgliedern kann dank des integrierten Nachrichtendienstes seine Nutzer immer stärker bei Stange halten. Zumal es seit Herbst 2010 auch einen eigenen E-Mail-Dienst anbietet, der in das System integriert ist.

GUT ZU WISSEN**Tipps für sicheres Surfen**

1. Vorsicht vor neuen Kontakten. Auch online gilt: Am besten nur die Menschen kontaktieren, die man auch offline kennt.

2. Persönliche Daten unter Verschluss halten. Der sorglose Umgang mit persönlichen Daten kann sich rächen. Bei der Kommunikation im Netz sollten persönliche Daten wie Passwörter oder vollständige Namen und Adressen aussen vor bleiben. Für Foren-Einträge oder auf Twitter empfiehlt es sich, ein Pseudonym zu wählen.

3. Massgeschneiderte Einstellungen. Man soll sich die Zeit nehmen, um die Einstellungen auf Webseiten und in sozialen Netzwerken genau zu studieren und an den persönlichen Wunsch nach Privatsphäre anzupassen.

4. Privatsphäre respektieren. Sowohl die eigene als auch die von anderen. Aufgepasst: Eine Veröffentlichung von Fotos und Videos dritter Personen bedarf grundsätzlich deren Zustimmung. Und auch sonst gilt: keine unvorteilhafteten oder peinlichen Fotos von sich oder von anderen Personen online stellen. Nicht nur, dass das die Höflichkeit und der Respekt gegenüber anderen gebietet: Es wirft auch ein schlechtes Licht auf denjenigen, der die Bilder veröffentlicht hat.



5. Anbieter überprüfen. Vor der Eingabe von Daten ist es ratsam, auf den Umgang des Anbieters mit Daten zu achten und die Datenschutzerklärung zu studieren. Falls etwas unverständlich ist: nachfragen!

6. Freundlich bleiben. Man behandelt andere im Netz genauso, wie man selbst behandelt werden möchte. Bei respektlosem Verhalten nutzt man die zur Verfügung stehenden «Privatsphäre»-Einstellungen konsequent aus, um das eigene Profil für den betreffenden Nutzer zu blockieren.

7. Erst nachdenken, dann handeln. Einmal online gestellt, lassen sich die Informationen nur schwer oder gar nicht zurückholen. Man muss sich also genau überlegen, welche Texte, Bilder und Videos ins Netz gestellt werden sollen.

8. Spielräume festlegen. Man muss sorgfältig abwägen, welche Rechte den Betreibern sozialer Netzwerke an den eingestellten Inhalten eingeräumt werden.

9. Passwörter variiieren. Das Motto «Eines für alle» ist zwar praktisch, aber nicht unbedingt empfehlenswert. Am besten für jede Internetanwendung, vor allem in sozialen Netzwerken, ein eigenes sicheres Passwort verwenden.

10. PC schützen. Mit Antivirus-Software und Firewall sowie regelmässigen Updates schützt man sich gegen Ausspionieren und Manipulieren.

NEUHEITEN – Der weltgrösste Computerkonzern Hewlett-Packard (HP) lanciert sein eigenes Tablet: das TouchPad auf Basis des Palm-Betriebssystems webOS.

HP mit TouchPad gegen Apple

Das Rad lässt sich nicht neu erfinden – und so entspricht das TouchPad im Wesentlichen dem derzeit dominanten iPad von Apple. Rein optisch nimmt das TouchPad starke Anleihen beim iPad. Es bietet in etwa vergleichbare Eckdaten, so einen Touchscreen mit 9,7 Zoll Bilddiagonale und einer Auflösung von 1024 x 768 Pixel. Das Gewicht ist mit etwa 750 Gramm ebenfalls vergleichbar. Das Gerät wird eine vorderseitige Webcam für Videokonferenzen haben und soll sich vor allem durch seine Integration von Onlinediensten wie Facebook auszeichnen. Anders als das iPad wird HP Adobes Multimedia-Technologie Flash unterstützen, die von vielen Webseiten etwa für Online-Spiele oder Online-Videos

verwendet wird. Besonderen Aufwand trieb HP mit dem Soundsystem für eine optimale Musik- und Filmwiedergabe.

Weniger Apps als Apple

Mit dem Einsatz des durch den Palm-Kauf übernommenen webOS wendet sich HP bei der Entwicklung neuer Geräte von Microsoft und Windows ab. Zwar gibt es auch ein HP-Tablet auf Basis von Windows 7, aber Vize-präsident Todd Bradley machte klar, dass die Ambitionen seiner Firma für webOS «weiter gehen als nur in einzelnen Geräten zu dienen». Allerdings: Bisher gibt es für webOS erst rund 10000 Apps, während Apple (zusammen mit Google) auf die stolze Zahl von 100000 kommen. Ent-



Das Rad nicht neu erfunden, aber dennoch Eigenständigkeit bewiesen: das TouchPad von HP.

ZWEI SMARTPHONES ALS ERGÄNZUNG

Auf der Basis von WebOS laufen auch die beiden neuen Smartphones, die HP ebenfalls letzte Woche vorgestellt hat: HP Pre3 und HP Veer. Das Pre3 ist für Business-Anwender gedacht. Es bringt einen 3,58 Zoll grossen Touchscreen sowie einen 1,4-Gigahertz-Prozessor und eine ausziehbare Tastatur mit einer Auflösung von 800 x 480 Bildpunkten. Erste Praxistests attestieren dem Gerät eine zeitgemäss Leistung; vor allem webOS 3.0 soll extrem flüssig laufen, und die höhere Auflösung ist ein echtes Plus für die Lesbarkeit von Texten. Die weitere Ausstattung mit WLAN-n, A-GPS, Bluetooth, WLAN-Hotspot-Funktion, einer 5-Megapixel-Kamera für Bilder und Videos (720p), einer zwei-

ten VGA-Kamera für Videotelefonie und einem auswechselbaren 1.230-mAh-Akku ist ebenfalls top-aktuell. Das HP Veer ist nur so gross wie eine Kreditkarte, besitzt aber eine ausziehbare Tastatur sowie einen 2,57 Zoll grossen Touchscreen. Das Veer ist ab Frühjahr erhältlich, das Pre3 folgt mit dem TouchPad im Sommer.

Pre3 (rechts) und Veer sollen den TouchPad komplettieren.



sprechend begründet HP die frühe Lancierung des neuen Tablets: Man wolle den heute noch zögerlichen App-Entwicklern genügend Zeit geben.

Marktstart im Sommer

Das TouchPad soll im Sommer auf den Markt kommen. Über Preise mag sich HP noch nicht äussern. Rivale Apple handelt energisch und hat bereits mit der Produktion der zweiten Version seines iPad begonnen. Dieses wird dünner und leichter als sein Vorgänger, mit schnellerem Prozessor, mehr Speicher und Kamera auf der Vorderseite. Spätestens Anfang April – ein Jahr nach dem Start des ersten iPad – wird das Gerät im Handel erwarten, in einer Preisspanne zwischen 650 und 1050 Franken.

Weitere Neuheiten

Der Tablet-Markt ist auch sonst in Bewegung: Motorolas Tablet Xoom mit dem Google-Android-System soll am 24. Februar in den USA an den Start gehen (Preis um die 800 Dollar). Konkurrent Dell, mit dem Riesen-smartphone Streak (mit fünf und sieben Zoll Bildschirm-Diagonale) päsent, kündigte letzte Woche ein Tablet mit Zehn-Zoll-Display bis Mitte des Jahres an sowohl mit Windows 7 als auch mit Android. Laut offiziellen Schätzungen wurde weltweit letztes Jahr 17 Millionen Tablets verkauft, davon waren 14,8 Millionen von Apple. Für 2011 rechnet das US-Marktforschungsinstitut IDC mit insgesamt 44 Millionen Stück. 2012 sollen es gar 70,8 Millionen Geräte sein.

E-MAILING – Auf Hotmail können nun mehrere komplett unterschiedliche Adressen von einem Account aus verwaltet werden.

Praktische Hilfe für Einmalgebrauch

Der Internet-Mailverkehr bedarf mittlerweile eines ausgeklügelten Managements. Der Durchschnitts-User verfügt heute bereits über drei unterschiedliche E-Mail-Konten, die regelmäßig kontrolliert werden wollen. Hotmail bietet seinen Usern ab sofort ein neues Alias-Feature, das sinnloses Hin- und Herspringen zwischen den Accounts vereinfachen soll.

Die meisten Leute teilen ihre E-Post auf mehrere Konten auf. Ein Beispiel: Der KMU-Patron hat einen Account für Berufliches, um mit seinen Kunden in Kontakt zu treten, einen für private Angelegenheiten und einen

für Online-Shopping, um Preisanfragen an diverse Firmen verschicken zu können. Die tägliche Kontrolle aller drei Postkästen kostet Zeit und führt nicht selten zum unangenehmen Gefühl der Unüberschaubarkeit und des Kontrollverlusts.

Adresse für Einmalgebrauch

Konkret bietet dies den Vorteil, eine Adresse für nur eine spezielle Sache erstellen und anschliessend wieder löschen zu können. Beispiel: Man kann die Anfrage nach Verkaufsangeboten für Druckerpatronen bei verschiedenen Anbietern von einer Adresse aus senden, die nach Erhalt der Informationen wieder eingestellt wird. So kann nicht nur die Privatsphäre gewahrt, sondern auch die anschliessende Überflutung mit Spams verhindert werden. Einziger Nachteil des neuen Features: Die Anzahl der Alias-Adressen bleibt vorerst auf fünf pro Jahr beschränkt.

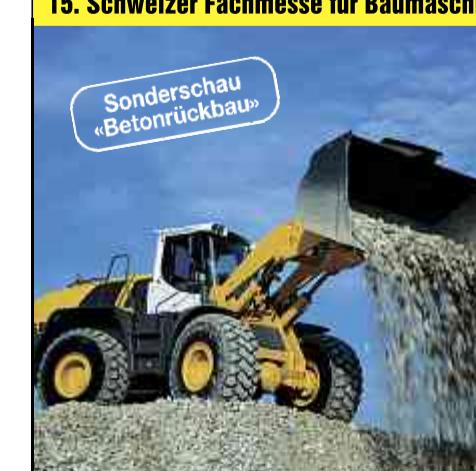
pd

LINK

www.hotmail.com



Wer gut plant, kann dank neuen Möglichkeiten seinen Mailverkehr effizient gestalten.

ANZEIGE**15. Schweizer Fachmesse für Baumaschinen, Baugeräte und Werkzeuge**

BAUMAG

Baumaschinen-Messe

24.–27. Februar 2011

Messe Luzern · Do–So · 9–17h

www.baumaschinen-messe.ch

STEUERBERATUNG - Steuerberater können sich nicht über mangelnde Arbeit beklagen. Sie profitieren nicht nur vom legitimen Bedürfnis, Fiskalabgaben optimieren zu wollen, sondern auch von der grossen Verunsicherung ihrer Kunden.

Sie holen das Optimum heraus

Steuerberater landauf und landab haben in diesen Monaten wieder Hochkonjunktur: Die Steuererklärungen wollen ausgefüllt sein. Trotz Tools wie der Online-Steuererklärung oder Hilfesystemen mittels iPhone-App, mit der steuerrelevante Abzüge schon während des Jahres laufend erfasst werden können, verzichten viele Schweizerinnen und Schweizer darauf, die Steuererklärung selber auszufüllen. Stattdessen sammeln sie die notwendigen Unterlagen und Belege und bringen sie einem Steuerberater ihres Vertrauens. Zu ihnen

gehört Hanspeter Sommer, der seit zehn Jahren als selbständiger Steuerberater in Bern tätig ist.

Grosse Verunsicherung

Sommer hat festgestellt, dass die meisten Kunden die Steuererklärung durchaus selber ausfüllen könnten – und nennt auch die Gründe, warum sie es doch nicht tun. «Einerseits wollen die Leute den Zeitaufwand nicht auf sich nehmen und sich durch die Wegleitung lesen. Andererseits herrscht aber auch eine grosse Verunsicherung. Es ist eine komplizier-

te Materie, und die Leute haben grundsätzlich das Gefühl, dass sie zu viele Steuern bezahlen müssen. Sie fragen sich: Warum soll ich die Steuererklärung selber ausfüllen, wenn ich nicht sicher bin, ob das Resultat stimmt und ich das Optimum herausgeholt habe?»

Laie vs. Spezialist

Die Auseinandersetzung mit den Steuerbehörden ist für Sommer ein weiterer Grund, warum sich viele Leute an einen Steuerberater wenden. «Es ist das eine, die Steuererklärung auszufüllen, aber was passiert, wenn die definitive Abrechnung nicht den eigenen Berechnungen entspricht und wenn Abzüge nicht akzeptiert wurden? Hier fühlen sich viele Menschen – zu Recht – überfordert. Sie scheuen den Kontakt mit den Behörden, weil sie sich als Laien mit Spezialisten auseinandersetzen müssen.» Sommer betont, dass man sich wehren müsse: «Es sind in vielen Veranlagungen noch Fehler drin. Und Einsprachen sind da das einzige Mittel.» Die Hilfestellungen, die eine Steuerberaterin oder ein Steuerberater leisten, sind also vielfältiger Natur. Das Ziel der grossen Mehrheit der Kunden ist es aber, ihre Steuerbelastung möglichst tief zu halten. «Es ist legitim, legal Steuern zu optimieren. Bei Privatpersonen sind diese Optimierungsmöglichkeiten aber relativ beschränkt. Sie konzentrieren sich vor allem auf Liegenschaften und Einzahlungen in die Pensionskasse.»



Der Steuerberater errechnet das Optimum für seine Kunden.

BILD PIXELIO/HAINZ



Die Steuern als jährliche Prüfung.

BILD PIXELIO/STURM

schaften. Dabei geht es weniger um Hypotheken, die steuerlich absetzbar sind. «Da gleichzeitig der Eigenwert versteuert werden muss, handelt es sich praktisch um ein Nullsummenspiel», erklärt Hanspeter Sommer. «Vielmehr ist es der sogenannte <werterhaltende> Unterhalt der Liegenschaften, mit dem man Steuern optimieren kann.» Unter Optimierung ist hier zu verstehen, dass man grössere Umbauten oder Renovationen unbedingt auf zwei oder drei Etappen, sprich Jahre, verteilt. Der Steuerberater kann auf Grund des steuerbaren Einkommens, des Grenzsteuersatzes und der Höhe der geplanten Renovationskosten die optimale Aufteilung der Kosten errechnen. In verschiedenen Kantonen kann bei den Unterhaltskosten jährlich zwischen einem Pauschalabzug und den effektiven Kosten gewählt werden.

In diesem Fall lohnt es sich, kleinere Reparaturen oder Anschaffungen in einem Jahr zusammenzufassen, damit die effektiven Kosten höher sind als der Pauschalabzug. Nicht immer Einigkeit herrscht unter den kantonalen Steuerämtern bei der Abgrenzung, was werterhaltende und was wertvermehrende Liegenschafts-Unterhaltskosten sind. Der wertvermehrende Unterhalt ist steuerlich nicht absetzbar. Investitionen mit einem Energiespareffekt hingegen bilden in fast allen Kantonen die Ausnahme.

Indirekte Amortisation

«Steuerlich interessant ist im Liegenschaftsbereich außerdem die indirekte Amortisation», so Steuerberater Hanspeter Sommer. «Hier erfolgt die Amortisation einer Hypothek in der Regel mittels der Säule 3a. Das 3a-Konto wird dem Hypothekargläubiger verpfändet, der später das akkumulierte Kapital erhält. Somit bleibt die Verschuldung bestehen. Die Schuldzinsen werden jährlich in voller Höhe zum Abzug gebracht und die Beiträge in die Säule 3a können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.»

Deutlich verneint Sommer die Frage, ob es sich steuerlich lohnt, bei den aktuell tiefen Zinsen die Hypothekenschulden zu erhöhen: «Auch wenn es günstig ist und die zusätzlichen privaten Schuldzinsen beim steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden können, lohnt es sich nicht, da die Zinsbelastung immer noch höher ist als der steuerliche Vorteil, der sich ergibt.»

Patrick Gunti

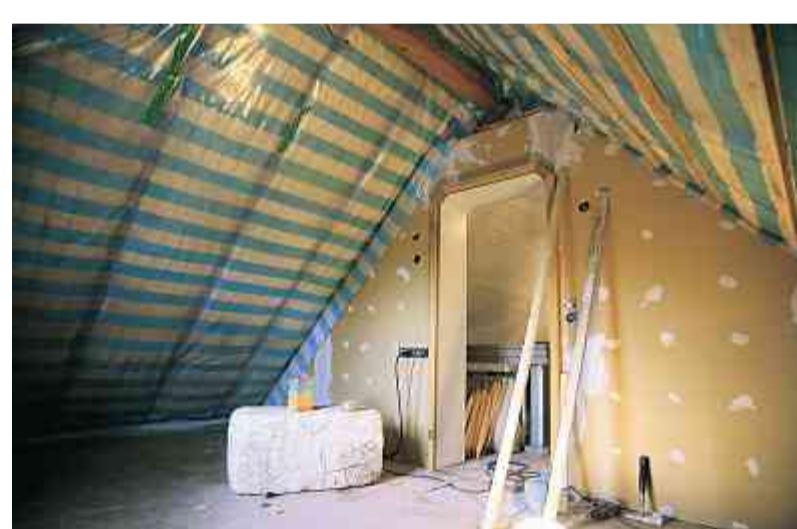
Eine Studie der ESTV schafft Klarheit.

99 Spezialregeln helfen sparen

Die primäre Funktion von Steuern besteht darin, Mittel zu generieren, um die Aufgaben des Staates zu finanzieren. Weniger offensichtlich ist, dass über das Steuersystem jährlich auch Milliarden von Franken ausgegeben werden. Indem verschiedene Bevölkerungsgruppen steuerlich bevorzugt behandelt werden, entgehen dem Fiskus auch Einnahmen. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat nun erstmals aufgelistet, in welcher Höhe der Bund Steuerausfälle wegen Vergünstigungen zu verzeichnen hat.

99 Spezialregeln

Wie aus dem Bericht hervorgeht, bestehen auf Bundesstufe 99 steuerliche Spezialregeln, welche die Steuerverwaltung als Vergünstigungen einstuft. Gesamthaft betragen die geschätzten Einnahmenausfälle infolge dieser Steuervergünstigungen bei den von der ESTV verwalteten Steuern des Bundes für die direkte Bundessteuer 21 Milliarden Franken. Diese Summe entspricht rund einem Drittel der gesamten Jahressinnahmen. Grosses Ausfälle in der Höhe von 830 Millionen Franken jährlich ergeben beispielsweise die Abzüge für Beiträge in die Säule 3a. Mit 710 Millionen schlagen die Abzüge, die für Kinder getätigt werden können, zu Buche. Steuervergünstigungen für die Krankenversicherung und die Pendler-Fahrtkosten mindern die Einnahmen um jeweils 600 Millio-



Mit werterhaltenden Massnahmen lassen sich Steuern sparen.

BILD PIXELIO/STURM

nen. Und 400 Millionen sind es bei den Abzügen für auswärtige Verpflegung.

Begeisterung begrenzt

Die ESTV hält fest, der Bericht habe u.a. zum Ziel, das Bewusstsein für die Kosten der Staatstätigkeit zu steigern. Sie äussert sich nicht über Sinn oder Unsinn einzelner Vergünstigungen. Aus der Würdigung der Studie lässt sich aber ablesen, dass sich die Begeisterung in engen Grenzen hält. Die ESTV hält unter anderem fest: «...Darüber hinaus begünstigen Steuervergünstigungen aufgrund des progressiven Steuersystems in der Regel Personen mit höheren Einkommen

stärker als Personen mit tieferen Einkommen.» Weiter wird festgehalten, dass mit einer Reduktion der Anzahl von Steuervergünstigungen die Komplexität des Steuersystems reduziert werden könnte. Außerdem führt jede Steuervergünstigung zu einer entsprechend höheren Belastung des verbleibenden Steuersubstrats. «Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch eine Abschaffung von Steuervergünstigungen würde es erlauben, die Steuersätze zu senken», so die ESTV.

pg

LINKS

www.estv.admin.ch
www.swiss-tax.ch

Jonglieren mit Säule 3a

Weitere Abzüge sind im Bereich der freiwilligen Vorsorge der 3. Säule möglich. «Die gebundene Vorsorge mit einer Säule 3a wird vom Staat mit steuerlichen Vorteilen gefördert», sagt Hanspeter Sommer. Die maximale Höhe der möglichen jährlichen Beiträge ist gesetzlich geregelt und beträgt für Arbeitnehmer mit einer Pensionskasse derzeit 6566 Franken jährlich, für Erwerbstätige ohne Pensionskasse sind es 20 Prozent des AHV-Erwerbseinkommens, im Maximum aber 32 832 Franken. Die Beiträge an die Säule 3a können jeweils vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Während der Vorsorgedauer sind die gesparten Beiträge sowie Erträge verrechnungs- und einkommenssteuerfrei, bei der Auszahlung werden sie dann zu einem reduzierten Satz versteuert. Hanspeter Sommer dazu: «Man sollte mit dem Anbieter unbedingt abklären, ob man sich das Kapital in zwei bis drei Tranchen ausbezahlen lassen kann, damit die Steuerbelastung nicht zu hoch wird. Eine andere Möglichkeit besteht darin, verschiedene 3a-Konten zu führen, die nicht alle im gleichen Jahr aufgelöst werden.»

Bei der Säule 3b handelt es sich in den meisten Fällen um eine Lebensversicherung über eine gewisse Zeitdauer. Der Rückkaufswert dieser Lebensversicherung muss jedes Jahr als Vermögen versteuert werden, dafür fällt bei der Auszahlung am Ende der Vertragsdauer keine Steuerbelastung mehr an.

Unterhalt richtig planen

Weitere Optimierungsmöglichkeiten bieten sich Besitzern von Lieg-

Varazze: Frühzeitig reservieren lohnt sich

Die Casa Henry Dunant im ligurischen Varazze geht in eine weitere erfolgreiche Saison. Ab Ende Februar 2011 ist die Prachtvilla mit Sicht aufs ligurische Meer wieder offen. Wer sich einen der begehrten Plätze sichern will, sollte sich beeilen und demnächst buchen. Freie Termine finden Sie auf dieser Seite.

**FREIE TERMINE 2011**

Woche	von	bis	Anzahl freie Plätze
9	27.2.	5.3.	30
10	6.3.	12.3.	40
11	13.3.	19.3.	65
14	3.4.	10.4.	35
16	17.4.	22.4.	10
17	24.4.	30.4.	15
19	8.5.	13.5.	10
20	14.5.	22.5.	30
*22	28.5.	4.6.	*15
23	5.6.	11.6.	65
25	19.6.	25.6.	15
32	7.8.	13.8.	20
38	18.9.	24.9.	15
42	16.10.	22.10.	15

*Auffahrt Donnerstag 2.6.

Wichtig: für Einzelpersonen oder Familien gibt es evtl. eine Möglichkeit, auch ausserhalb der freien Termine ein Zimmer zu reservieren!

Reservierungen können wie folgt vorgenommen werden:

Casa Henry Dunant
Annina Ryffel & René Züger
Via Genova 36
17019 Varazze (SV) - Italia
Tel.: +39 019 930877
Fax: +39 019 9354102
E-Mail: casa@varazze.ch
www.varazze.ch

Stiftung Casa Henry Dunant
Urs Wyler
Schwarztorstrasse 26
Postfach, 3001 Bern
Tel.: 031 380 14 10
Fax: 031 380 14 15
E-Mail: stiftung.casa@varazze.ch
www.varazze.ch

Die freien Termine werden laufend aktualisiert und können unter www.varazze.ch Freie Termine / Reservierungsanfrage / Freie Termine und Plätze abgefragt werden.

Treuhand
Wirtschaftsprüfung
Gemeindeberatung
Unternehmensberatung
Steuer- und Rechtsberatung
Informatik - Gesamtlösungen



KUNDENORIENTIERUNG UND KOMPETENZ:

Mit BDO sind Sie bestens beraten!

Mitentscheidend für den Erfolg eines Unternehmens ist eine fundierte steuerliche und rechtliche Beratung. Von unseren Steuerberaterinnen und Steuerberatern sowie unseren Juristinnen und Juristen können Sie deshalb viel Flexibilität, Kreativität und Know-how erwarten. BDO AG ist Ihr kompetenter Partner für Steuer- und Rechtsberatung.

Informationen unter 0800 825 000 oder
www.bdo.ch

Prüfung • Treuhand • Beratung



Spass am Lesen!

Viele weitere aktuelle Informationen über gewerbliche Themen und den sgv finden sie unter: www.sgv-usam.ch



Wir kennen die richtigen Werkzeuge für Ihre **optimale Steuerlösung**. Mit uns schneiden Sie gut ab denn OBT ist typisch schweizerisch: **zuverlässig** und **präzis**.

CHANGEMANAGEMENT – Bei Veränderungsvorhaben unterschätzen Unternehmer oft, wie viel Zeit und Energie es seitens der Mitarbeiter erfordert, sich vom Gewohnten und Liebgewonnen zu verabschieden.

Mitarbeiter als Mitstreiter gewinnen

Zahlreiche Untersuchungen zeigen es klar: Bei rund zwei Dritteln aller Firmenumstrukturierungen werden die Ziele nicht oder nur teilweise erreicht. Beim Planen und Durchführen vieler Changeprojekte wird nicht ausreichend bedacht, dass sich in der Struktur sowie den Abläufen und Prozessen eines Unternehmens auch dessen Kultur widerspiegelt. Den Verantwortlichen ist schlicht nicht bewusst, dass personale und organisationale Veränderungen zumeist das Resultat von langwierigen Prozessen sind, bei denen man vier Phasen unterscheiden kann.

Phase 1: Ablehnung

Die erste Phase wird durch Verleugnung und Ablehnung geprägt. Kaum werden die geplanten Änderungen publik, macht sich bei den Betroffenen Unruhe breit. Gerüchte kursie-

ren, Hoffnungen sowie Befürchtungen werden geäußert, und nur wenige Betroffene lassen sich schon auf die neue Zukunftsvision ein. Vielmehr artikulieren sie Ärger und Wut. Als Unternehmer lässt man die Mitarbeitenden reden und regt diese zur Reflexion an. Man schafft eine «Klagentafel», zeigt Verständnis und Mitgefühl, versucht aber zu vermeiden, dass sich die Mitarbeiter nicht gegen «die da oben» verbünden. Man erstellt ein worst-case-Szenario nach dem Motto «Was passiert, wenn wir nichts tun?» und erklärt offen «Ja, die Veränderung wird kommen. Es geht nicht weiter wie bisher.»

Phase 2: Widerstand

Nach dem ersten Schreck zeigen die Betroffenen oft Abwehrreaktionen – nicht nur in Form von Arbeitsverweigerung, sondern zuweilen auch

Mehrarbeit. Die Mitarbeitenden wollen in dieser Widerstandsphase zeigen: «Die Veränderung ist nicht nötig. Es geht auch so.» Zugleich führen sie zahlreiche Argumente ins Feld, warum die geplante Veränderung weder sinnvoll noch zielführend ist. Entsprechend wichtig ist es, den Betroffenen nun zu vermitteln, dass der Wandel notwendig und unausweichlich ist. Als Unternehmer sollte man das konstruktive Denken der Belegschaft anregen mit Fragen wie «Was ist Ihr Ziel als Mitarbeiter?», «Ist dieses Ziel mit dem derzeitigen Verhalten erreichbar?», «Was brauchen Sie, um wieder Leistung zu erbringen?» oder «Was gewinnen, was verlieren Sie durch die Veränderung?» Man sollte den Mitarbeitern genügend Informationen zum Ziel der Veränderung und deren Notwendigkeit geben und genau aufzeigen was für

ZUR PERSON

Hans-Werner Bormann ist einer der drei Geschäftsführer der WSFB Beratergruppe Wiesbaden. Die WSFB ist eine Unternehmensberatung, die sich auf Organisationsberatung und die Planung und Steuerung von Veränderungsprojekten ausgerichtet hat. Dabei liegt der Fokus auf Change-Projekten, die neben einem technologischen und strukturellen Wandel auch einen mentalen «Turn-around» von Führungskräften und Mitarbeitern erfordern.

eine Veränderung und was allenfalls dagegen spricht. Als letztes Mittel muss man die Mitarbeiter aber mit möglichen Konsequenzen konfrontieren, falls sie am Widerstand festhalten.

Phase 3: Entdecken

Erkennen die Mitarbeiter «Es gibt kein Zurück», akzeptieren sie die Veränderung allmählich – zumindest rational. Das heißt, sie trauern zwar noch um den Verlust des Alten, zugleich fragen sie sich aber: Was bedeutet der Wandel für mich? Welche Herausforderungen kommen auf mich zu? Kann ich sie bewältigen und, wenn ja, wie? Dies können die Betroffenen in dieser Phase zumeist noch nicht präzise einschätzen. Deshalb gilt es jetzt, die Betroffenen beim Aushalten dieses Zustands der Ungewissheit zu unterstützen und das Alte angemessen zu würdigen, damit die Mitarbeiter das Neue mit der Zeit auch emotional akzeptieren können.

Als Unternehmer sollte man zugleich Perspektiven sowie Chancen der Umstrukturierung aufzeigen. Es gilt, Verbesserungspotenziale zu identifizieren und Entwicklungsmassnahmen einzuleiten. Wichtig ist auch, Teilfolge zu vermelden und überhaupt mitzuteilen, wie weit die Umstrukturierung bereits fortgeschritten ist.

Phase 4: Neues im Visier

Erst nachdem die erforderliche Trauerarbeit geleistet ist, können die Betroffenen das Alte loslassen und ihre Energie auf das Neue richten. Nun gilt es, ihre Neugier zu wecken und ihnen das erforderliche Wissen und Können zu vermitteln. Ermutigung und Geduld sind ebenso hilfreich wie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch. So entwickelt sich das Neue allmählich zur Normalität, zumal erste (Lern-)Erfolge Selbstvertrauen schaffen. Die Leistung des Systems steigt nun allmählich wieder über das ursprüngliche Niveau. Jetzt gilt es auch den Prozess zu bewerten, «Was lief warum (nicht) gut?», um hieraus für künftige Veränderungsprojekte zu lernen.

Hans-Werner Bormann

GUT ZU WISSEN

Kritik ist möglich



Nach dem jüngsten Fall von Pädokriminalität in bernischen Behindertheimen ist eine Debatte über geschönte Arbeitszeugnisse aufgekommen, die dem Täter das Delinquieren erleichtert haben. Es wäre aber anders gegangen, obwohl das Gesetz grundsätzlich negative Zeugnisse untersagt. Die renommierte deutsche Zeugnisberaterin Verena Janssen erklärt, wie Arbeitgeber in einem guten Arbeitszeugnis Kritik verstecken können.

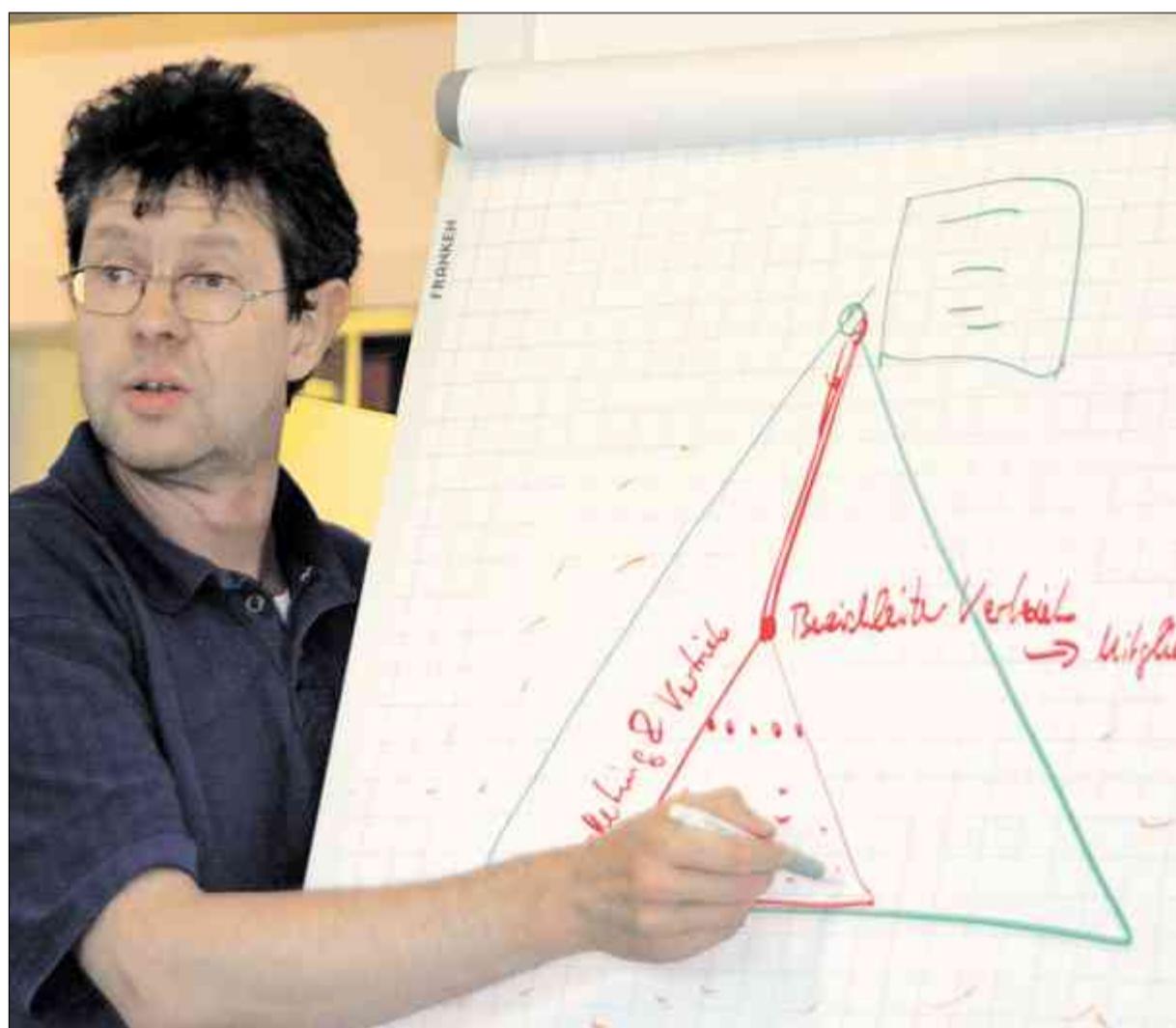
Für die Expertin ist klar, dass ein Zeugnis nicht nur bewerten, sondern auch informieren sollte. Arbeitgeber müssten daher auf die konkrete Tätigkeit des Arbeitnehmers eingehen, die Leistung und Verhalten bewerten, und das Ganze möglichst mit angemessenen Schlussformulierungen abschließen. Im Rahmen der Leistungsbewertung könnten Details über Fachwissen, besondere Kenntnisse oder für die Tätigkeit wichtige Fähigkeiten genannt werden. Auch muss zur Arbeitsweise und zur Arbeitsbereitschaft Stellung genommen werden und eine Aussage zum Arbeitserfolg gehört ebenfalls ins Zeugnis – aber eher qualitativ statt quantitativ. Bei Führungskräften muss zudem auf die Mitarbeiterführung eingegangen werden.

Für das «Verstecken» von Kritik gibt es laut Janssen mehrere Techniken. Eine davon ist das beredete Schweigen. Wenn man zum Beispiel nichts zur Arbeitsbereitschaft des Arbeitnehmers schreibt, weiß der Leser des Zeugnisses, dass es hier Probleme gab. Oder man wendet die Reihenfolge-Technik an: Wenn in der Verhaltensbewertung steht, «sein Umgang mit Kollegen und Vorgesetzten war vorbildlich», dann zeigt das, dass es eben nicht so war – denn eigentlich müssten die Vorgesetzten in dieser Aufzählung an erster Stelle stehen. Das Gleiche gelte bei der Beschreibung der Tätigkeiten. Generell sollten die wichtigen Aufgaben zuerst genannt werden. Wenn im Zeugnis einer Sekretärin an erster Stelle steht: «Zu ihren Aufgaben zählte das Öffnen der Post und das Bewirken der Gäste», dann heisse das eigentlich «Die Mitarbeiterin ist nur für einfache Aufgaben zu gebrauchen.»

Weniger bekannt ist gemäß Janssen die Negationstechnik. Indem Negativbegriffe verneint werden, entsteht zwar ein positiver Eindruck, geäußert werde dadurch aber Kritik. Zwei Kostproben: «Sein Verhalten war tadellos» statt «Sein Verhalten war vorbildlich». Oder «Er erzielte nicht unerhebliche Verkaufserfolge» anstatt «Er erzielte sehr gute Verkaufsergebnisse». «Die Schlussformeln sind besonders wichtig», findet die Fachfrau. Neben guten Wünschen sollte ein Dank an den Mitarbeiter nicht fehlen und sein Ausscheiden bedauert werden – wenn es sich um ein gutes Zeugnis handelt. Auch hier gibt es aber Abstufungen. «Danke für die Mitarbeit» sei weniger als «Danke für die stets sehr gute Mitarbeit».

Tagebuch kann helfen

Eine persönliche Niederlage kann besser verarbeitet werden, wenn der Betroffene sie aufschreibt. Wer zum Beispiel ein Tagebuch führt, versteht besser, warum Misserfolge passiert sind. Das wollen Forscher der University of Texas in den USA herausgefunden haben. Die Wissenschaftler begleiteten Ingenieure, die arbeitslos geworden waren. Jene, die ihre Gedanken und Gefühle in der Zeit danach schriftlich festhielten, fanden schneller einen neuen Job. Laut der Psychologen lag das nicht daran, dass die Schreibenden motivierter bei der Jobsuche waren. Vielmehr waren sie in der Lage, ihre persönliche Geschichte zu erzählen. Indem sie ihre Gedanken und Gefühle aufschrieben, konnten sie sie loslassen und sich von der Vergangenheit lösen. Bedeutend ist auch, wie mit Fehlern umgegangen wird. Schamgefühle verhindern zum Beispiel, dass man aus ihnen lernt. Sie suggerieren, dass die Ursache für den Fehlritt in der Persönlichkeit liegt. Doch die kann nicht einfach verändert werden. Stattdessen sollte man besser denken «Ich bin in Ordnung, auch wenn ich einen Fehler gemacht habe», rät die Zeitschrift «Psychologie heute».



Hans-Werner Bormann empfiehlt, den Mitarbeitern genügend Informationen zum Ziel der Veränderung und deren Notwendigkeit zu geben.

Überforderung der Mitarbeiter vermeiden.

Rein in die «Stretchzone»

Ohne aktive Unterstützung seitens ihrer Führung gelingt es vielen Mitarbeitern nicht, den skizzierten Veränderungsprozess zu durchlaufen. Sie bleiben in einer der drei ersten Phasen stecken. Der Grund hierfür: Mitarbeiter halten sich im Tagesgeschäft überwiegend in der «Komfortzone» auf. Sie tun also bevorzugt das, was sie (in ihren Augen) gut können und worin sie Routine haben. Bei Veränderungen müssen sie jedoch häufig ihre Komfortzone verlassen und sich in die sogenannte «Stretchzone» be-

geben – also Dinge tun, die sie (so) noch nicht getan haben, aber durchaus tun oder lernen könnten. Eigeninitiativ machen dies die meisten Mitarbeiter nicht oder nur in einem begrenzten Umfang. Deshalb müssen Führungskräfte in Veränderungsprozessen an ihre Mitarbeiter immer wieder den Appell richten: «Raus aus der Komfortzone – rein in die Stretchzone!» Zugleich sollten sie aber vermeiden, dass diese in die «Panikzone» geraten, weil sie sich überfordert fühlen oder überfordert sind.

Unentschlossene im Visier

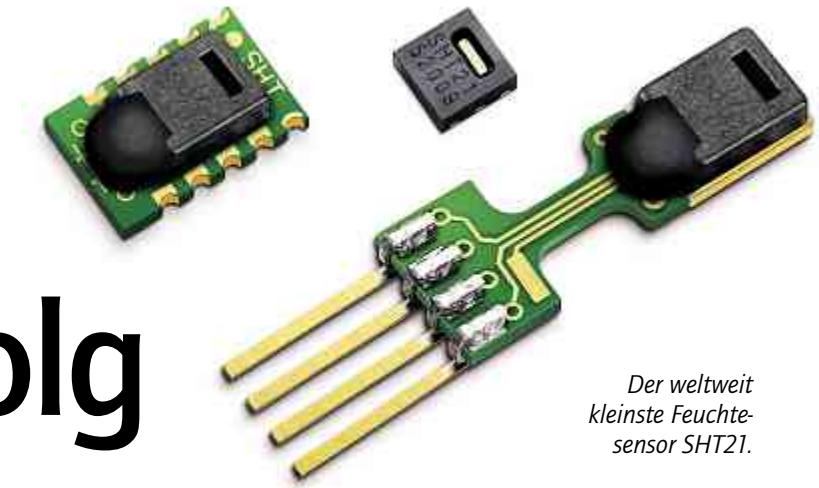
Bei organisationalen Veränderungen gibt es neben den Mitarbeitern, die die Veränderung von vornherein begrüßen oder ablehnen, stets auch solche, die ihr eher neutral gegenüberstehen: die sogenannten «Fence-Sitter», was soviel heißt wie Beobachter (am Zaun). Häufig ist die Verteilung wie folgt: 20 Prozent der Mitarbeiter sind «Veränderer», also Befürworter, die froh sind, wenn es endlich losgeht. 60 Prozent sind «Fence-Sitter», also

Unentschlossene, die «neutral» abwarten, auf welche Seite sie sich begeben. Nur 20 Prozent sind «Bewahrer», also Gegner von Veränderungen, die oft aktiv an deren Verhinderung arbeiten.

Führungskräfte fokussieren bei anstehenden Veränderungen ihre Aktivitäten zumeist auf die Bewahrer, also die Gegner der Veränderung. Sie versuchen diese zu überzeugen und zu überreden – mit den unterschiedlichsten Methoden. Zielführender wäre es, sich auf die Unentschlossenen zu konzentrieren. Sie sind die Mehrheit und am leichtesten in ihrer Haltung zu beeinflussen, zum Beispiel, indem man sie gezielt ins Gespräch mit den Befürwortern bringt.

Hans-Werner Bormann

SENSIRION AG – In Stäfa werden Millionen von verschiedenen Sensoren produziert und auch dort entwickelt. Der Clou ist, dass Mess- und Auswertungstechnik stets auf dem gleichen Mikrochip integriert sind.



Der weltweit kleinste Feuchtesensor SHT21.

Winzig grosser Welterfolg

Bei Regenwetter kann die Autofahrt auch für geübte Lenker zur mühseligen Angelegenheit werden. Erst recht, wenn die Windschutzscheibe beim Einsteigen beschlagen ist und die Sichtverhältnisse auch während der Fahrt nur langsam besser werden. Die Fahrzeughalter von neuen Modellen der Oberklasse kennen diese Sichtprobleme indes nicht. Sie profitieren von eingebauten Beschlagsschutzsystemen, welche die klimatischen Bedingungen an der Wind-

schutzscheibe so schnell und präzise erfassen, dass das System reagiert, bevor die Sicht des Fahrers überhaupt beeinträchtigt wird.

Möglich macht dies ein Sensor, der zugleich die Feuchtigkeit auf der Frontscheibe sowie die Temperatur der Frontscheibe im Fahrzeuginnenraum misst und ein entsprechendes Signal erzeugt. Er funktioniert dabei meist nach dem kapazitiven Messprinzip, das sich in den vergangenen Jahren als Standard etabliert und bewährt hat.

Hoher Wert startet Klimaanlage

Bei diesem Prinzip wird das Sensor-element aus einem Kondensator aufgebaut. Als Dielektrikum dient ein Polymer, welches proportional zur relativen Umgebungsfeuchte Wasser aufnimmt oder abgibt und somit die Kapazität des Kondensators verändert. Diese Kapazitätsänderung kann über eine elektronische Schaltung gemessen und daraus die relative Luftfeuchte ermittelt werden.

Wenn auf diese Weise an der Frontscheibe ein Schwellwert erreicht wird, wird die Klimaanlage automatisch in Gang gesetzt. Das hat gleich mehrere Vorteile: Einerseits wird durch den idealen Einschaltzeitpunkt Energie gespart, andererseits wird der Fahrer nicht durch unnötig schlechte Sichtweise irritiert. Nur ein Beispiel von vielen tollen Errungenschaften, die ihren Ursprung in Stäfa haben. Hier ist die Sensirion AG ansässig, welche Weltmarktführerin in der Entwicklung und Herstellung von Sensoren für Luftströmung und Feuchtigkeit ist.

Kleiner, präziser, billiger

Die Sensirion AG ist ein aus der ETH Zürich hervorgegangenes, innovatives Hightech-Unternehmen, das mittlerweile über 220 Mitarbeiter beschäftigt und über Niederlassungen in den USA, Südkorea, China und Japan verfügt. Die Produktentwicklung nimmt einen hohen Stellenwert im Unternehmen ein, allein in der in Stäfa angesiedelten Forschungs- und Entwicklungsabteilung sind mehr als 80 Mitarbeiter tätig. Schliesslich gilt es, den heutigen Innovationsvor-

sprung gegenüber der Konkurrenz beizubehalten beziehungsweise sogar auszubauen.

Die Sensoren aus Stäfa zeichnen sich dadurch aus, dass Mess- und Auswertungstechnik stets auf dem gleichen Mikrochip montiert werden. «Unsere Sensoren sind kleiner, präziser und billiger als diejenigen der Konkurrenz», erklärt Felix Mayer, Geschäftsführer der Sensirion AG, die er 1998 gemeinsam mit Moritz Lechner gegründet hat (siehe unten). Die winzigen Chips sind in der Lage, auf einer Fläche von wenigen Quadrat-millimetern wichtige Messgrößen wie Luftfeuchte, Temperatur oder Gasströmungen, Flüssigkeitsströmung oder Differenzdruck zu messen und digital auszuwerten

3 x 3 Millimeter

Der weltweit kleinste Feuchtesensor SHT21, der auch in der noch präziseren Ausführung SHT25 erhältlich ist, hat gerade mal eine Grundfläche von 3 x 3 Millimetern und eine Höhe von 1,1 Millimetern. «Die winzigen Instrumente sind samt Auswertungselektronik auf einem Siliziumchip montiert und können zu konkurrenzlos tiefen Stückkosten produziert werden», so Mayer. Die Kundenpalette, die mittlerweile über 1000 Namen aus aller Welt umfasst, reicht dabei von Erstausrüstern der Automobilindustrie über Gerätetechniker in der Medizinaltechnik oder der Heizungs-, Klima- und Lüftungsindustrie. Viele Grosskonzerne sind Kunden von Sensirion.

46 Stellen ausgeschrieben

Die raffinierte Kombination aus Elektronik und Informatik weiss weltweit zu überzeugen. Dies unterstreicht ein Blick auf die Firmenhomepage, auf

der gegenwärtig 46 verschiedene Stellen ausgeschrieben sind, wobei Interessierte auch zur Spontanbewerbung animiert werden. «2011 soll das Unternehmen um weitere 80 Personen wachsen», sagt Mayer denn auch. Trotz vereinzelten Stellenbeschrieben wie «Application Engineer Korea» oder «General Manager China» sollen die meisten der neuen Mitarbeiter in Stäfa ihre Arbeitsstelle antreten. «Wir wollen auch künftig am Hauptstandort Stäfa festhalten. Wir profitieren von der bestens funktionierenden Infrastruktur in der Schweiz, der Nähe zur ETH und den zahlreichen top ausgebildeten Schweizer Fachkräften», so Mayer. Am Hauptsitz in Stäfa dominiert als Sprache denn auch Deutsch, wenn nicht gar Mundart. Anders sieht dies freilich bei den Kundenkontakten aus, die sich über den ganzen Globus erstrecken. «Ein Drittel unserer Sensoren liefern wir nach Asien, ein Drittel in die USA und ein Drittel an Abnehmer in Europa», so Mayer. Da es sich bei der Sensirion AG nicht um ein börsennotiertes Unternehmen handelt, sind ihm kaum Details zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu entlocken.

«Der Umsatz wächst im Schnitt pro Jahr um 30 Prozent», deutet Felix Mayer aber an. Selbst die Wirtschaftskrise habe sich nicht negativ ausgewirkt. Dank den zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten, welche fast immer zugleich einen Energiespareffekt und eine Steigerung der Endkundenzufriedenheit zur Folge haben, wird der Erfolg wohl noch lange anhalten.

Matthias Engel

LINK
www.sensirion.com



Die beiden Co-Geschäftsführer Felix Mayer und Moritz Lechner haben die Sensirion AG 1998 gegründet.

ETH-Doktorand war einst Elektronikerlehrling.

Mehr als ein Akademiker

Die Sensirion AG rekrutiert ihre neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorwiegend an der ETH Zürich, findet man doch dort in Wissenschaftsdisziplinen wie Informatik, Physik, Elektronik absolute Spitzenleute. Um diese Fachkräfte buhlen zwar auch zahlreiche andere Unternehmen, doch erweist es sich bei der Personalrekrutierung immer wieder als Vorteil, dass der Firmenerfolg einst an der ETH ihren Anfang nahm. Bleibt die Frage, warum nicht mehr ETH-Doktoranden als Unternehmer den beiden Sensirion-Gründern nach-eifern. «Akademiker wagen den Schritt in die Selbstständigkeit leider zu selten», so Felix Mayer. Sie scheuen häufig die Risiken, die mit einer Unternehmensgründung verbunden sind.

Bei ihm war dies freilich anders. «Ich habe schon früh ins Auge gefasst, Unternehmer zu werden», verrät Mayer. Dies ist zumindest zum Teil auf seine ungewohnte Biographie zurückzuführen.

Im Malergeschäft aufgewachsen

Mayer ist in der Stadt Zürich als Sohn eines Malermeisters aufgewachsen. Er half zwar in den Ferien jeweils im Betrieb mit, doch faszinierten ihn technische Vorgänge jeweils mehr. Während sich sein Vater für eine fa-

milienerne Nachfolgeregelung entschied und das Malergeschäft an einen seiner ehemaligen Lehrlinge und Mitarbeiter verkauftte, entschied sich Mayer für eine Elektroniker-Berufslehre. Damit war sein Wissenshunger aber längst noch nicht gestillt. Er holte die Matura auf dem zweiten Bildungsweg nach und entschied sich, an der ETH Zürich Physik zu studieren.

Doktorarbeit und Businessplan

«An der ETH wandte ich mich bewusst an Professor Baltes, da ich wusste, dass sich dieser zugleich mit Elektronik und Sensorik befasste», erklärt er. Felix Mayer forschte mit und begegnete während seiner wis-

senschaftlichen Arbeit Moritz Lechner. Bald wurde den beiden ETH-Ab-solventen klar, dass sie mehr anstreben wollten als je eine erfolgreiche Doktorarbeit. Und so begannen sie parallel zur wissenschaftlichen Arbeit einen Businessplan für die spätere Sensorik AG auszuarbeiten. Die ETH unterstützte sie dabei bestmöglich. Wer schliesslich wie viel Geld investiert hat, möchte Mayer nicht sagen. Eines aber verrät er: So erfolgsversprechend die Idee von Anfang an auch war, den beiden ETH-Doktoranden ging es nicht anders als anderen KMU-Gründern. «Wir hatten damals keine Chance, von den Banken Fremdkapital zu erhalten», so Mayer.

DAS UNTERNEHMEN

Die 1998 von den beiden ETH-Doktoranden Felix Mayer und Moritz Lechner gegründete Sensirion AG integriert Sensoren auf Standard-Halbleiterchips. Im Laufe der Weiterentwicklung der CMOSens-Technologie wurden über 60 Patente angemeldet. Die Firma hat ihren Sitz in Stäfa sowie Niederlassungen in den USA, Südkorea, China und Japan. Sie beschäftigt weltweit über 220 Mitarbeiter.

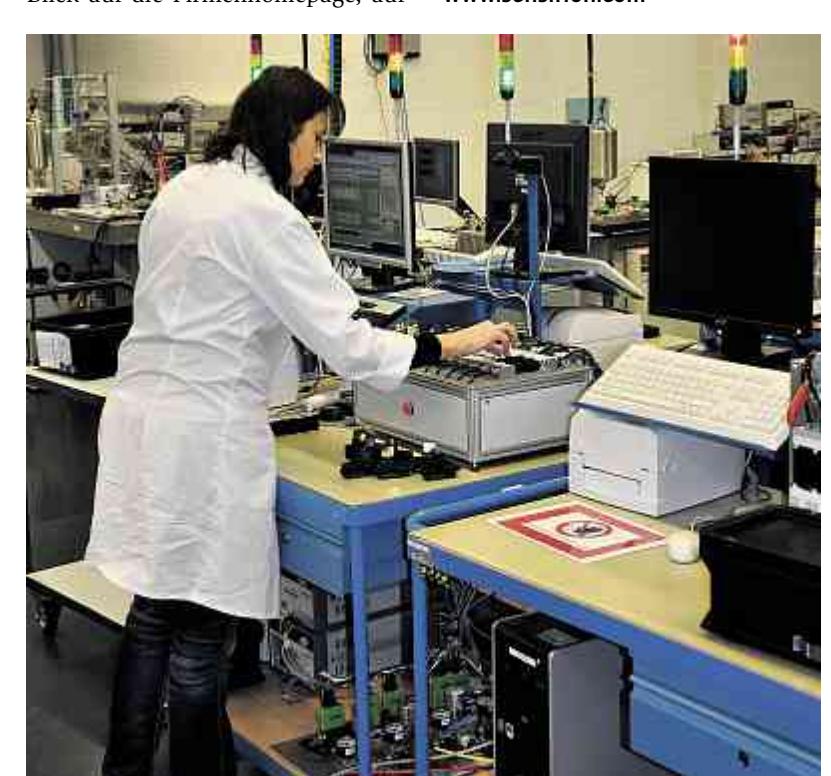
2010 wurden Lechner und Mayer von Ernst & Young mit dem prestigeträchtigen Schweizer Unternehmerpreis «Entrepreneur of the Year» ausgezeichnet.

ANZEIGE

Emmen, an bester Verkehrslage **Gewerbe-Liegenschaft** zum Verkauf nach Vereinbarung.

Die Baute in perfekter Umgebung mit den vielen Räumen bietet attraktive Möglichkeiten für Ihr Business. Hohe Flexibilität in Nutzung und Raumauflösung von Werkstatt und Atelier/Büros. Nettonutzung EG 230,25 m²; OG 159,00 m². Parzelle 521 m² und 8 PP, Top-Infrastruktur. VP CHF 975'000.00. Auskunft, Dokumentation und Besichtigung:

Heinz Birrer MietRecht Immobilien Verwaltungen
Seeblickstrasse 6, 6210 Sursee
Telefon 041 922 12 12, Telefax 041 922 12 13
HeinzBirrer@mietrechtsberatung.ch



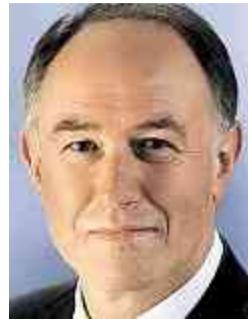
Die Entwicklung und Produktion erfolgt in Stäfa.

TRIBÜNE

Thurgauer Erfolgsmodell

Für Aufträge der öffentlichen Hand im Bereich Hoch- und Tiefbau ist im Thurgau eine «ständige Liste» zugelassener Unternehmen geschaffen worden. Das im Jahre 2004 eingeführte Thurgauer Modell hat sich bewährt und bringt den Firmen administrative Entlastungen. Die Entstehung geht auf eine Initiative des Baumeisterverbandes im Jahre 2002 zurück. Nach diversen Workshops und einer Pilotphase wurde die «ständige Liste» 2004 definitiv eingeführt. Sie ist für Auftraggeber wie Auftragnehmer nützlich. Sie gibt einfache Sicherheit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und umfasst vorwiegend Betriebe des Bauhaupt- und Baunebengewerbes sowie Dienstleistungsbetriebe, welche dem Baugewerbe nahe stehen (Architekten, Planer, Ingenieure etc.).

Früher mussten Unternehmen vor jedem Auftrag nachweisen, dass sämtliche Sozialversicherungsbeiträge und alle öffentlichen Abgaben ordnungsgemäss bezahlt wurden. Für die Aufnahme auf die «ständige Liste» sind diese Nachweise noch einmal jährlich zu erbringen. Die Aufnahme in die «ständige Liste» erfolgt rollend und gilt jeweils für zwölf Monate. Den eingetragenen Unternehmen wird ein Monat vor Ablauf eine schriftliche Aufforderung zugestellt, die notwendigen Unterlagen zu erneuern. Verstreicht diese Frist unbenutzt, wird das Unternehmen aus der Liste gelöscht.



Peter Schütz,
Präsident Gewerbeverband
Thurgau, über den Nutzen
von «ständigen Listen» im
Hoch- und Tiefbau.

Die Ämter des Baudepartementes des Kantons Thurgau vergeben Aufträge grundsätzlich nur an Betriebe, welche im Besitz eines gültigen Zertifikates sind. Für Unterakordanten / Subunternehmungen gelten grundsätzlich die gleichen Anforderungen. Ist dies nicht der Fall, muss die Submission Klarheit schaffen, oder die Verantwortung wird auf den Auftragnehmer übertragen.

Mehrheit ist begeistert

Kleinere Unternehmen, welche eher selten beziehungsweise sehr unregelmässig für die öffentliche Hand arbeiten, beklagen sich gelegentlich, dass sie Mühe mit diesem Verfahren hätten. Sie bemängeln hauptsächlich den übermässigen Formularkrieg. Eine Mehrheit der Unternehmen ist jedoch von diesem System begeistert. Als griffiges Instrument und als Qualitätsnachweis hat die «ständige Liste» eine grosse Akzeptanz gefunden. Die Liste ist jederzeit öffentlich auf der Homepage des Kantons abrufbar. Derzeit sind im Thurgau insgesamt rund 760 Unternehmen zertifiziert.

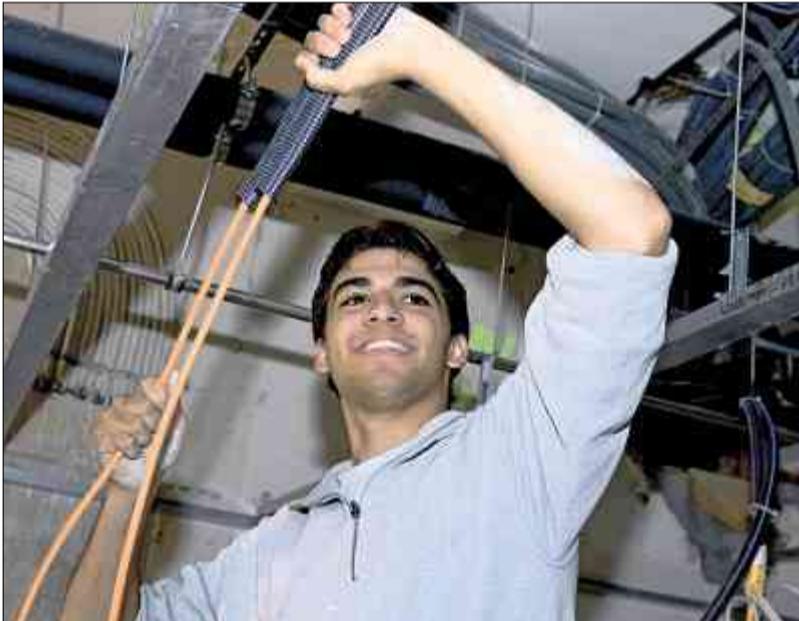
Bei vielen Betrieben und Auftraggebern kommt nun vermehrt der Wunsch auf, dass eine solche «ständige Liste» gesamtschweizerisch geführt wird. Dies macht auch Sinn, stehen doch bereits heute im Thurgau viele ausserkantonale Firmen auf dieser Liste. Warum soll also nicht ein Thurgauer Erfolgsmodell in der ganzen Schweiz zum Tragen kommen?

LINK
www.dbu.tg.ch

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.



Ob im Thurgauer Bauhauptgewerbe oder...



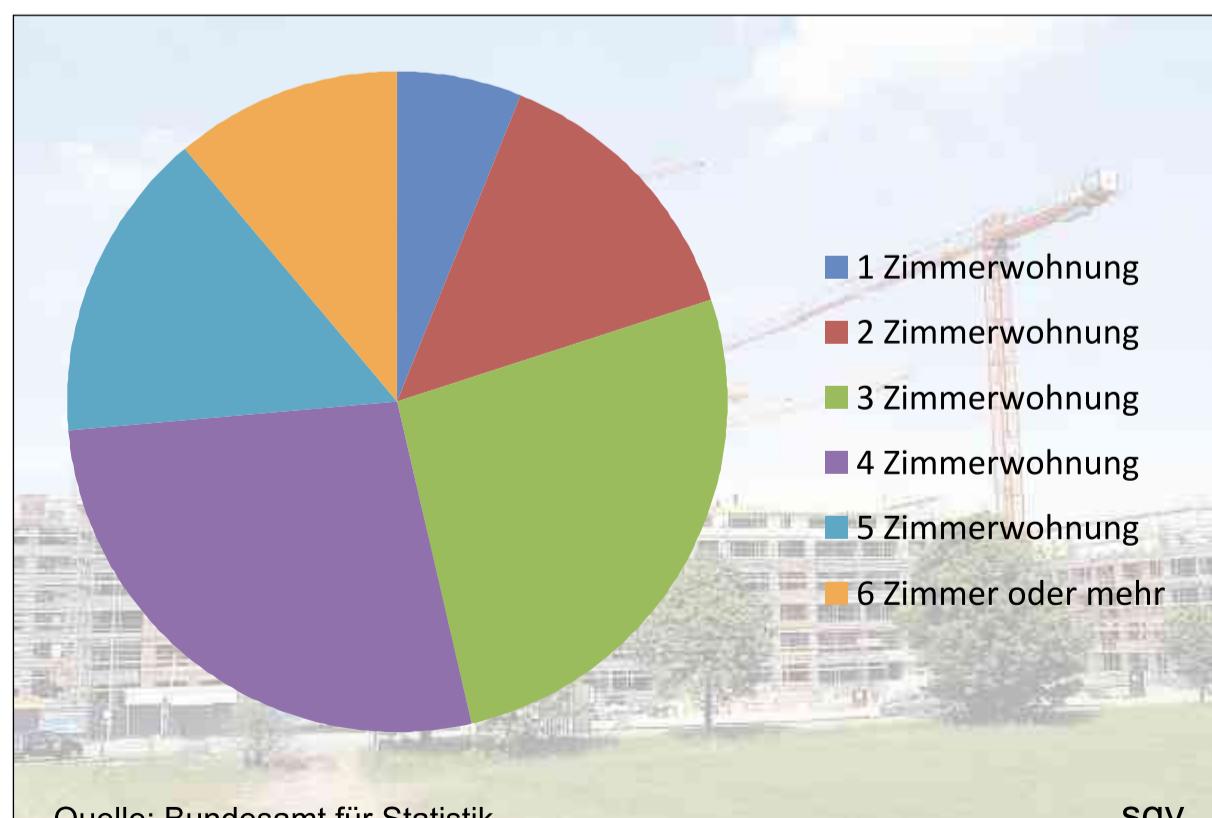
...im Nebengewerbe: «Ständige Listen» schaffen Klarheit.

ZAHLEN DER WOCHE

Über vier Millionen Wohnungen

Die Schweiz zählte Ende 2009 rund 1623 000 Gebäude mit Wohnnutzung. Dies entspricht einer Zunahme von 11 Prozent gegenüber der Volkszählung 2000. Drei von fünf Gebäuden (58%) sind Einfamilienhäuser, wobei dies sowohl auf ländliche Regionen (59%) als auch auf städtische Gebiete (57%) zutrifft. Die Mehrheit der Wohnungen (56%) befindet sich jedoch in Mehrfamilienhäusern.

Jede vierte von den 4 008 400 Wohnungen ist eine 3-Zimmer-Wohnung (26%) oder eine 4-Zimmer-Wohnung (27%). In den Bauperioden nach 1970 ist ein Wandel zu grösseren Wohnungen zu beobachten. Der Anteil der 3-Zimmer-Wohnungen reduziert sich kontinuierlich zugunsten der 5-Zimmer-Wohnungen. In der Bauperiode 2001-2009 stellen die 4- und 5-Zimmer-Wohnungen deutlich die Mehrheit der Wohnungen dar (61%).



Die neue Gebäude- und Wohnungsstatistik 2009 basiert erstmals auf einer Registererhebung. Während in den letzten Volkszählungen 2000 alle

Hauseigentümer und Immobilienverwaltungen noch mittels Fragebogen Auskunft über ihre Gebäude und Wohnungen erteilen mussten, ist es

dem Bundesamt für Statistik heute möglich, die Grunddaten zum Immobilienpark der Schweiz direkt dem eidg. Gebäude- und Wohnungsregister zu entnehmen. Diese Umstellung war vom sgv lange gefordert worden, entlastet sie doch die Liegenschaftsbetreiber vor unnötigen Erhebungen.

ECHO

Bestandene Berufsleute werden kriminalisiert

«Willkürliche Berufsverbote», sgz vom 28. Januar.

Mit Genugtuung stelle ich fest, dass der Schweizerische Gewerbeverband die skandalöse Praxis der Revisionsaufsichtsbehörde thematisiert. Ernst J. Schneiter ist ein Opfer unter Hunderten. Nur wenige Betroffene haben den Mut und die Mittel, einen jahrelangen Kampf gegen die Revisionsaufsichtsbehörde RAB auf sich zu nehmen. In missbräuchlicher Anwendung des Gesetzes geht diese unzimperlich gegen bestandene Berufsleute vor und kriminalisiert sie. Viele Abgewiesene haben resigniert. Der Mittelstand eines Berufsstandes wird – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – ausgedünnt, vielen unbescholtene Treuhändern ist die Erwerbsgrundlage entzogen.

Peter Madörin, Bubendorf;
Präsident der Schutzvereinigung gegen die Willkür der Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Lohnerhöhung nur bei Mehrleistung

Berichte in Nr. 52/2010 und 5 und 6/2011

Die ständige Berichterstattung wegen der jährlichen ungenügenden Lohnerhöhung nervt gewaltig! Diese Jammerei entspricht nicht den tatsächlichen Problemen in unserer Volkswirtschaft. Die Journalisten sind eben alle Lohnempfänger, die einseitige, zielgerichtete Berichterstattung in eigenem Interesse betreiben. Schauen Sie doch einmal im Gewerbe, wie es da aussieht. Als Beispiel können wir den Detailhandel nehmen: wir haben seit Jahren einen stetigen Umsatz-Rückgang aus Gründen der wirtschaftlichen Rezession und auch wegen des Internets. Zusätzlich ist ein noch nie da gewesener Margenzerfall feststellbar. Wo bleibt da unsere Lohnerhöhung? Wir wären schon zufrieden, wenn wir wenigstens gleich viel in der Tasche hätten wie im Jahr zuvor. Aber das Gegen teil ist der Fall, der Konsument kauft nicht mehr im Ladengeschäft im Dorf ein, er deckt sich via Internet ein oder bei ausländischen Discountern.

Koni Rüegg, 8340 Hinwil

WARNUNG DER WOCHE

Neuer Nepp mit alter Masche

Einmal mehr versuchen dubiose Geschäftsmacher unrechtmässig ans hart verdiente Geld von Schweizer KMU zu kommen. Im Dezember warnte die sgz an dieser Stelle vor dem Portal Schweizerseiten.ch. Der neueste Nepp läuft unter den Namen Firmenportal24.ch oder Firmengate24.ch. Dabei wird offenbar versucht, sich ähnlich klingenden, seriösen Namen «anzuhängen». Das Konsumentenforum kf warnt vor Rechnungen der Firma Proinfo Marketing Services SRL mit Sitz in Bukarest, Rumänien. sgz-Leser erwähnen bei Firmengate24.ch einen Sitz in Panama. Ahnungslose Konsumenten – momentan v.a. im Raum Zürich und dem Kanton Graubünden – erhalten eine Zahlungsaufforderung von 1600 Franken und mehr für einen angeblichen Branchenbucheintrag. Das kf empfiehlt, die Rechnungen auf keinen Fall zu bezahlen, da ansonsten die Forderung anerkannt würde. Das kf rät auch dringend davon ab, sich mit den der Rechnung beigelegten Login-Informationen auf der Website einzuloggen, da dies – obwohl rechtlich nicht haltbar – von der Firma als «Eintragsanmeldung» und somit als Auftragsbestätigung betrachtet wird. Wer zur Bezahlung aufgefordert worden ist oder die Login-Informationen bereits eingegeben hat, ist gut beraten, die Firma Proinfo Marketing Services SRL aufzufordern – die Rechnung zu stornieren und die Adresse aus der Datenbank zu streichen. Ist ein Login bereits erfolgt, und will man auf Nummer sicher gehen, empfiehlt das kf, dies per eingeschriebenen Brief zu tun. Andernfalls genügt ein Mail mit Sicherheitskopie an sich selbst. Alle folgenden Mahnungen können dann ignoriert werden.

LINKS

www.konsum.ch
www.bauernfaenger.info